

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post 8600.— Mt. pro Monat und Guthaft des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Trebinger Straße 50 Postfachkonto: Breslau Nr. 810 60. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 130.

Donnerstag, den 7. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Der Betriebsrätekongress gab das Kampfsparier!

Hinauf mit den Löhnen / Erlämpft in geschlossener proletarischer Kampffront die Reichs-Arbeiterregierung!

Hinauf mit den Löhnen! Am Sonntag hat der „Vorwärts“ diese Parole an leitender Stelle ausgegeben. Wir sind mit ihr durchaus einverstanden. Sie kommt zwar im „Vorwärts“ etwas spät, aber immerhin, sie kam. Die bessere Einsicht des „Vorwärts“ ist nicht von ungefähr. Die Ereignisse an der Ruhr haben sein Gehör für die Not des Proletariats wesentlich verschärft.

Nicht nur das Gehör des „Vorwärts“! Auch auf die Kapitalisten und ihre Regierung hat die Massenbewegung an der Ruhr ihre Wirkung nicht verfehlt. Die drückend verzweifelte Not der breiten Massen war den Herrschenden auch schon vor dem bekannt. Wenn es galt, die Schuld des französischen Imperiums anzubringen, dann konnte die bürgerliche Presse schonungslos auch schon vorher das rührende Glend und den bitteren Jammer dieser Lage aufdecken. Die Schwerindustrie „Zeit“ leistete sich vor kurzem sogar die Wiedergabe einer Zusammenstellung aus einer englischen Zeitung über die Zeit, die ein englischer und ein deutscher Angestellter aufwenden muß, um gewisse Bedarfsgegenstände zu erarbeiten. Wir wollen daraus folgendes festhalten:

	deutscher Angestellter	englischer Angestellter
1 Pfd. Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 "
1 Pfd. Feinmehl	1 Stunde	20 "
1 Pfd. ration. Brot	1 Std., 20 Min.	15 "
1 Pfd. Fleisch	4 Stunden	1 Std. 15 Min.
1 Unze	7 Wochen	14 Wochen
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten

Die Kapitalisten dachten, aber nicht im Traume daran, die Lage der deutschen Arbeiter durch eine wesentliche Erhöhung der Löhne zu bessern. Solange die Arbeiter geduldig sind, solange sie still und unbemerkt berechnen, läßt die Sache die Kapitalisten vollständig kalt.

Vor uns liegt ein Bericht über eine Sitzung, die unlängst im Reichsarbeitsministerium stattfand. Bei dieser Sitzung wurde von den Gewerkschaftsführern, denen man Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen nahelegte, zum Ausdruck gebracht, daß das nicht wohl angehe, da der Preisabbau und die Marktlage jämmerlich zusammengebrochen und die Preise in derselben Zeit gewaltig gestiegen seien.

Auf diesen Einwand wurde von den Unternehmern, namentlich von einem Herrn Dr. May erwidert, daß die Arbeiter gar nicht gewillt seien, wegen einer Erhöhung der Löhne in den Streik zu treten. Es sei in letzter Zeit in aller Industriezweigen vorgekommen, daß der Demobilisationskommissar Schiedsprüche nicht für verbindlich erklärt habe und daß die Arbeiter deswegen doch nicht in den Streik getreten seien. Von den Unternehmern wurde auch betont, daß vor einigen Wochen sich die Bergarbeiter zufrieden gegeben haben, trotzdem die geforderte Lohnerhöhung abgelehnt worden sei.

Dieser Blick hinter die Kulissen zeigt, wo die Straßzähler sitzen, die gewissenlos mit der Not der breitesten Massen ihr gewinnfüchtiges Spiel treiben, so lange nämlich die Arbeiter geduldig ihren Buckel hinhalten. Die Bergarbeiter seien zufrieden. Du lieber Himmel! Die Ereignisse an der Ruhr haben inzwischen wohl auch diese Kapitalisten überzeugt, daß sich im besten Falle die Führer der Bergarbeiter zufrieden gegeben haben, daß die Bergarbeiter aber nicht zufrieden waren und nicht zufrieden sein konnten.

Die Kapitalisten hatten, als die Langmat der Arbeiter zu Ende war, als sie sich in Massen aufschickten, immerhin die Gewissung, daß ihnen die Gewerkschaftsführer halfen, für die

ganze Unzufriedenheit und für alle Folgen einer Massennot die Kommunisten verantwortlich zu machen.

Jetzt heißt im „Vorwärts“ die Parole: Hinauf mit den Löhnen! Jawohl. Die gegenwärtigen Löhne müssen mindestens sofort um 100 Prozent erhöht werden, wenn die Arbeiter nicht im grauen Glend versinken wollen. Die 50 Prozent, die den Arbeitern im Ruhrgebiet zugestanden worden sind, sind durch die rasende Entwertung der Mark bereits vollständig überholt.

So wichtig und unerlässlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine durchgreifende allgemeine Erhöhung der Löhne ist, so wichtig ist ein anderes: Die ganze Erhöhung der Löhne läuft letzten Endes auf die Arbeit des sogenannten Siphons hinaus. Alle Anstrengungen, alle Lohnerhöhungen haben keinen Zweck, wenn die Gewerkschaften sich auf ihre nur gewerkschaftliche Tätigkeit beschränken. Heute muß es dem vernünftigsten Gewerkschaftsführer klar sein, daß die Gewerkschaften ihre wichtigsten Aufgaben nur noch erfüllen können, wenn sie ihre Macht auch politisch ausüben verstehen. Was nützen alle Lohnereignisse, was nützt es dem Arbeiter, wenn die Dampfscheine, die allwöchentlich durch seine Finger gehen, sich verdoppeln, wenn er sich mit der zusehenden Papiergeldfülle immer weniger kaufen kann?

Soll die Arbeiterschaft aus dieser Weisheit den Schluß ziehen, daß es zwecklos ist, um Löhne zu kämpfen? Gewiß helfen Lohnerhöhungen nur für den Augenblick. Deshalb darf sich die Arbeiterschaft nicht mit einer Erhöhung der Löhne begnügen. Bleibt es dabei, tun die Gewerkschaften nicht mehr, so beschleunigen sie nur die Fahrt, die am Abgrund enden muß. Will die Arbeiterschaft aber endlich aus ihrem Glend herauskommen, so muß sie durch ihre Organisationen verhindern, daß die Schieber und Bucherer sich an der Not der Massen bereichern, daß die Schwerindustrie der Staat in der schamlosesten Weise ausplündert und ungeheure, unzählige Milliarden auf Kosten der Allgemeinheit zusammenstiehlt!

Der Reichsbetriebsräte-Kongress hat ein Programm aufgestellt, das alle Forderungen enthält, die zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen durchgeführt werden müssen. Dieses Programm, das heute besonders aktuell ist, zerfällt in drei Abschnitte. Es enthält 1. Maßnahmen zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirtschaftlichen Zusammenbruchs, 2. Maßnahmen zur Steigerung der Produktion und 3. Maßnahmen zur Regelung der Reparationsfrage.

Um dieses Programm muß sich die Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit scharen, für die Durchführung dieses Programms gilt es, die Kraft der Gewerkschaften einzusetzen, dafür müssen sie örtlich, bezirksweise ihre Stimme erheben. Nur so wird es auch gelingen, die Gewerkschaftsbürokratie vorwärts zu stoßen.

Dabei ist eines klar: Alle Bestrebungen der Arbeiter, den kapitalistischen Profit an der Wurzel zu fassen und den Bucher einzudämmen, das Wirtschaftsleben zu kontrollieren, haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es dem vereinten Willen der Arbeiter gelingt, mit den bürgerlichen Regierungen Schluß zu machen und eine Reichsarbeiterregierung zu schaffen.

Hinauf mit den Löhnen! Das ist nur der erste Schritt. Aber dieser erste Schritt hält den Sturz in den Abgrund nicht auf, wenn ihm nicht unerbittlich der zweite Schritt folgt. Alles was dieser zweite Schritt umfaßt, findet seinen Ausdruck und seine Krönung in dem Ruf: Der

mit der Reichs-Arbeiterregierung.

Es ist Aufgabe unserer Genossen, den Hungernden, den zweifelnden Massen klar zu machen, daß aus der gegenwärtigen Lage niemand als die Arbeiterklasse selbst einen Ausweg bahnen kann. Wir verstehen es, wenn die Arbeiter fordern, daß die Ware Arbeitskraft ebenso nach Goldwerten bemessen wird, wie alle übrigen Waren. Aber Goldlohn, Friedenslohn, gleitende Lohnstala und wie diese Schlagworte alle heißen, sie können im besten Falle der Arbeiterklasse zeigen, wie jämmerlich schlecht ihr gegenwärtiger Reallohn ist, sie sind niemals ein Mittel, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu schaffen.

Nur die Vernichtung des Kapitalismus verbürgt die Befreiung der Arbeiterklasse. Will die Arbeiterklasse aus dem gegenwärtigen unerträglichen Glend heraus und ihrer endgültigen Befreiung näher kommen, so muß sie ihre ganze Kraft auf die Errichtung einer Arbeiterregierung konzentrieren, die den notwendigen Schritt zur Abertreibung der Kapitalistenmacht.

Der ober-schlesische Streit greift um sich

Ubergreifen des Streiks auf die Castellengo- und Offfeldgrube — Die Transportarbeiter und Metallarbeiter mit den Streikenden solidarisch

Trotz der gewohnheitsmäßigen Hege der bürgerlichen Presse und der systematischen Sabotage des Streikes durch die Gewerkschaftsführer aller Richtungen, dehnt sich der Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter immer mehr aus. Die Belegschaften der Castellengo- und Offfeldgruben haben sich dem Streik angeschlossen. Die Streikenden fordern als Ausgleich für die unzureichenden Löhne eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 bzw. 250 und 200 000 Mark. Die Gesamt-Arbeiterschaft der Hindenburg- und Oleiwitzer Industriebezirke hat die Forderungen der Streikenden für berechtigt erklärt.

Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen legen die Sabotage des Streikes weiter fort. Im sozialdemokratischen „Volksblatt“, Hindenburg, veröffentlichen sie einen längeren Artikel, in dem sie den Streik als kommunistische Machtdemonstration, ohne jedoch auch nur den Schatten eines Beweises für ihre blöden Behauptungen anführen zu können.

W.B. Beuthen, 6. Juni.

Im ober-schlesischen Industriebezirk Beuthen hat sich die Ausstandsbewegung weiter ausgedehnt. Die neue Fiedlers-Glück-Grube ist in den Streik getreten. Auf allen im Streik befindlichen Werken werden die Ausstandsarbeiten verrichtet. Heute nachmittags findet eine Versammlung der Streikenden statt. Es besteht die Gefahr, daß die Ausstandsbewegung im Laufe des Tages weiter an Umfang zunimmt und auch auf Hindenburg und Oleiwitz übergreift. Dort finden ebenfalls heute nachmittags Belegschaftsversammlungen statt, um zum Streik Stellung zu nehmen. Auch die ober-schlesischen Straßenbahner haben eine Betriebsversammlung zwecks Stellungnahme zum Streik angelehrt.

Arbeiter aller Richtungen am Streik beteiligt

Dem W.B., das gestern in das Geschehen über die kommunistische Machtdemonstration, ist folgendes Geständnis in einem von Beuthen verbreiteten Bericht entgegnet. Es meldet: Die von den Ausständischen eingeleitete Streikbewegung besteht zur Hälfte aus An-

gestellten der christlichen Gewerkschaften, zur anderen aus Mitgliedern aller übrigen Organisationsrichtungen.

Damit bestätigt das berufsmäßige Schwindelbüro die Tatsache, daß der Streik von allen Arbeitern, ohne Unterschied der Partei geführt und gestützt wird, und daß nur die vom Kapital beeinflussten Gewerkschaftsleiter die Bewegung sabotieren.

Demonstration der Streikenden

In Beuthen versammelten sich die Streikenden auf dem Marktplatz zu einer Demonstration-Umzug, der trotz aller Provokationen in vollster Ordnung verlief.

Die Aussichten der Bewegung

Ob es den Bürokraten auch dieses Mal wieder gelingen wird, den Streik abzuwürgen, hängt von dem Verlauf des Betriebsrätekongresses am Sonntag ab. Gelingt es den Arbeitervertretern des W.B. mit Hilfe der christlichen und polnischen Gewerkschaftsfunktionäre, die unionistischen Betriebsräte auszuschalten und die revolutionären Arbeiter mit Hilfe der christlichen und polnischen Gewerkschaften zu einer Bewegung des Widerstandes zu bringen?

Die ober-schlesischen Bergarbeiter müssen daher dieses Mal besser auf dem Boden sein, als bei dem letzten Streik im April. Sie müssen unter allen Umständen dem Verrat einen Spiegel vorsetzen, eine Majorität durch die Vertreter verhindern und die Zulassung auch der unionistischen Betriebsräte zum Betriebsrätekongress erzwingen.

Der Hungerkampf der Landarbeiter

Was ist zu tun?

In einer Reihe von Kreisen stehen die schlesischen Landarbeiter im Streik. Hunger, Verelendung, führte zu der elementaren Ausstandsbewegung. Wie die Industriearbeiter, so muß auch das Landproletariat, um sich, seine Frauen und Kinder vor dem Hungertod zu schützen, zu der Streikwaffe greifen und entsprechend der gewaltig angestiegenen Leuerung sich höhere Löhne erkämpfen.

Ein Vorläufer der jetzigen umfangreichen Streikbewegung war der Streik im Kreise Striegau. Er wurde nach kurzer Dauer von den W.B.-Führern abgelehnt, mit dem Versprechen an die Landarbeiter, daß ihnen 30—40 000 Mark Wirtschaftsbeihilfe ausbezahlt würden. Es stellt sich nun heraus, daß diese Wirtschaftsbeihilfe nichts als ein Vorstoß sein sollte, der wieder abgezogen wird. Die Landarbeiter, die nach Abzug der Steuern, Kranken- und Invalidenbeiträgen, sowieso kaum Barlohn herausbekommen, wären bei einer Rückzahlung des Vorstoßes gezwungen, von ihrem ungenügenden Deputat zu verkaufen.

Diese Tatsache muß eine Warnung für die jetzt im Streik stehenden Landarbeiter sein. Die Führung des W.B. hat im Kreise Striegau versagt. Die Berichte, die uns aus einer Reihe von Kreisen vorliegen, zeigen, daß auch jetzt keine einheitliche und energiegeliche Führung vorhanden ist. In einem Kreis werden 20—50 000, im anderen bis 200 000 Mark Wirtschaftsbeihilfe gefordert, in einem 100 Prozent Lohnzulage, im anderen 150 Prozent usw. Jeder Kreis tut und läßt, was er will. Kein Kreis weiß, wie es im andern steht. Die Bewegung ist verzettelt.

Die Landarbeiterschaft muß sich klar sein darüber, daß in der jetzigen Zeit zwischen Frühlingsbestellung und Erntezeit ein Erfolg ihres Kampfes abhängt davon, inwieweit sie geschloffen auf den Plan tritt. Dazu gehört, daß über den ganzen Gau einheitliche Forderungen aufgestellt werden. Die Leuerung ist im Kreise Striegau nicht minder groß als im Kreise Haynau oder im Kreise Reichenbach. Wir nehmen an, daß die Gauleitung des DVB. wünscht, daß die Landarbeiter in diesem Kampfe ihre Lebenslage verbessern, daß die Landarbeiter wenigstens einen Nutzungsbeitrag mit der sie zu vernichten drohenden Leuerung erreichen. Wünscht die Gauleitung dies, dann gilt es, für den ganzen Gau einheitliche Forderungen aufzustellen, eine kräftige Führung zu schaffen und die aufgestellten Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ohne Rücksicht auf die Koalitionsbedürfnisse der SPD. durchzuführen. Ultimativ ist von den Gutsbesitzern die Bewilligung der Forderungen zu verlangen. Werden die Forderungen nicht anerkannt, dann gilt es, den Streit, der sofort über den ganzen Gau ausgedehnt werden muß, zu verschärfen. Die Notstandsarbeiten müssen dann eingestellt werden. Nur so können die Landarbeiter den Sieg in diesem Kampfe erringen.

Arbeiter, an euch liegt es, daß in dieser Weise der Streit geführt wird! Ihr habt die Kraft, eure Führer zu diesen Maßnahmen zu veranlassen! Versteht sofort Kreisversammlungen ein und nehmt Stellung zu den in eurem Interesse liegenden Maßnahmen!

Seid euch aber auch bewußt, daß der Kampf mit äußerster Geschlossenheit und Entschlossenheit geführt werden muß. Die Gutsbesitzer, eure Blutsauger, werden den stärksten Widerstand organisieren. Sie werden nicht nur versuchen, euch mehr als je ins Sklavenjoch zu spannen, sondern sie werden auf die Zerstückelung eurer Organisation in stärkerem Maße als je hinarbeiten. Die Gefahren sind groß, großer noch aber ist die Möglichkeit eines Sieges, wenn ihr eure Macht anzuwenden versteht und voll und ganz in die Bagdiale werft. Zeigt euren Gegnern, den Gutsbesitzern, wie auch denjenigen, die sich eventuell zu Streitbrecherarbeit hergeben, eure Kampfbereitschaft und euren Kampfmuth. Veranlasst überall gewaltige Demonstrationen und haltet andererseits eiserne Disziplin, dann ist der Sieg euer!

Die Industriearbeiterschaft sieht dem Kampfe ihrer Brüder auf dem Lande nicht gleichgültig zu. Die gemeinsame Not verbindet zu gemeinsamem Kampfe. Die Verstärkung der gegen die Leuerung kämpfenden Front durch die Landarbeiter wird von der Industriearbeiterschaft freudig begrüßt. Die Industriearbeiterschaft muß aber auch bereit sein, wenn die Landarbeiter an sie herantreten, nicht nur moralische sondern auch materielle Unterstützung ihren kämpfenden Kollegen auf dem Lande zu gewähren. Herauswachen muß und wird auch dieser Solidarität die engste Kampfbrüderlichkeit des Land- und Industrie-Proletariats!

Weitere Landarbeiterfreis kommen auf

Eine am 4. Juni festgesetzte Vertretungsverammlung des Reichslandbundes hat noch mal die Entscheidung für eine Vertretung zu den Beratungen aufgestellt, als die Spurende U. a. fordern sie von der Regierung. Die unter erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen lebenden Bauern sollen mit Schutz und Reichswehr zum Hungern ins Sklavenjoch getrieben werden. Die Landarbeiterschaft wird einen Kampf durch diese Regierung machen, indem sie geschlossen für bessere Lohn und Arbeitsbedingungen kämpft. Schon kommen in verschiedenen Teilen Landarbeiterfreis auf. Im Kreise Orlitzsch (Sachsen) haben die Landarbeiter eines Gutes die Arbeit niedergelegt. Allüberall wird und wird die Landarbeiterschaft trotz der angeforderten kleinen Rationen des Reichslandbundes, trotz der Sabotage der arbeitgemeinschaftlichen DVB-Führer, gedrungen durch die ungeheure Not und Verelendung zum Kampfe rufen, um im geeigneten Augenblicke ihre Forderungen im Kampfe zum Durchbruch zu bringen.

Preissteigerung für Mehl 100 Prozent

Am 2. Juni hat die Sächsische Rühlwerke-Vereinigung den Mehlpreis für Mehl (0) um 4000 auf 44000 Mark pro DZ erhöht, am 4. Juni, nach 2 Tagen, erfolgte eine weitere Preissteigerung auf 45000 Mark. Gegenüber Anfang Mai d. J. ist der Preis um 100 Prozent angesetzt worden. Im Vergleich mit dem Preis in der Vorkriegszeit ergibt sich eine Verdoppelung um das 1500fache. Die Profite der Unternehmungen werden sich die Arbeiter mühen die Lebenshaltung einschränken, dafür steht ihnen eine beträchtliche Verlängerung der Arbeitszeit in Aussicht.

Tote und Vermunnt in Leipzig

Die faschistischen Provokateure haben ihr Ziel erreicht

Leipzig, 7. Juni. In Leipzig kam es gestern im Anschluß an eine Erwerbstlosen-Demonstration zu neuen Zusammenstößen. Die Polizei feuerte in die Menge. Würger zählt man 28 Verwundete. Nach den offiziellen bürgerlichen Meldungen gaben Schüsse aus den Reihen der Demonstranten den Anlaß dazu. Den faschistischen Provokateuren ist also diesmal ihr Plan gelungen.

Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus Leipzig hat sich die Anzahl der bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten Getöteten auf sieben erhöht. Ein Polizeiwachmeister erhielt einen Stich in den Rücken und erlag bald darauf der erlittenen Verletzung. Nach dem Blatt sollen über hundert Personen verwundet worden sein. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zufolge wurden bis gestern abend 10 Uhr 87 Schwerverletzte, darunter 15 Polizisten, festgestellt.

Die Vorgänge in Dresden, Dauten und Leipzig beweisen, daß nach dem mißglückten Provokationsversuch im Ruhrgebiet in Sachsen Kräfte am Werke sind, um die Arbeiterschaft in Hungerkrawalle und Verzweiflungssaktionen zu treiben, um sie blutig niederzuschlagen.

Die relativ größere politische Leueungslosigkeit der Arbeiterschaft in Sachsen ist für die gesamte Reaktion ein Stein des Anstoßes. Die bayerischen Faschisten haben schon vor Monaten Provokateure nach Sachsen geschickt, um die Not der Arbeitlosen zu Putsch auszunutzen. Die sächsischen Industriellen sabotieren die durch die ungeheure Leuerung notwendig gewordenen Lohnerhöhungen und treiben dadurch die Arbeiterschaft in einer Verzweiflungssaktion in die der beste Boden für die Arbeit der Faschisten und unklarer Elemente ist.

Wir Kommunisten führen seit Kriegsausbruch einen zähen Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse. Wir haben hundertmal bewiesen, daß wir bei jeder Gelegenheit mit der kämpfenden Arbeiterschaft in jeder Hinsicht zusammenstehen. Hunger, Krawalle und Verzweiflungssaktionen sind zwar ein Zeichen, daß die ökonomische und politische Lage der Arbeiter unhaltbar geworden ist, sie sind aber kein Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse von ökonomischer Ausbeutung und politischer Bedrückung.

In Sachsen regiert der linke Flügel der Sozialdemokraten, nachdem die Arbeiterschaft die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie abgelehnt und die rechten Führer gestürzt hat, von der Koalitionsregierung Abstand zu nehmen.

Die Zeigner-Regierung wird auf schärfste bekämpft von der gesamten Bourgeoisie und einem Teil der rechten Führer der Sozialdemokratie in Sachsen und im Reiche.

Die Regierung Zeigner, die versprochen hat, eine Regierung der bedinglosen Klasse zu sein, soll gestürzt werden, um auch in Sachsen die Bahn frei zu machen für eine Koalitionsregierung zur Durchführung der Kapitulationsbedingungen der deutschen Bourgeoisie vor dem französischen Imperialismus — des Stimmesprogramms.

Zusammenhang, Privatisierung der Staatsbetriebe, Arbeiter- und Bauernentlassungen, Aufhebung der letzten Beschränkungen der schrankenlosen Ausdehnung der Mieter, Kriegs- und Sozialrenten, sollen im Reich und in Sachsen durchgeführt werden. Deshalb soll die von den Kommunisten unterstützte Regierung beseitigt werden. Die Forderungen der Arbeiterschaft und die Provokationen der Faschisten sollen durch die Regierung herbeigeführt werden. Die Arbeiterschaft Sachsens widerwärtig und die Bahn frei machen für die Stimmesdiktatur in Sachsen.

Ein Manuskriptgesetz für die Presse?

Die „Welt am Montag“ wozu zu berichten, daß man im Reichskabinett den Entwurf eines Gesetzes vorbereitet, das für den Fall der Ablehnung der deutschen Note durch die Alliierten und die Fortdauer des Ruhrwiderstandes scharfe Maßnahmen gegen die deutsche Presse beziffert. Man hofft, diese Maßregeln soll die öffentliche Kritik an der Regierungspolitik bebrochen werden. Es ist die Rede von Zeitungsböten bis auf die Dauer von 6 Monaten. Das Reichsjustizministerium soll bereits mit den Vorarbeiten zu diesem Manuskript beschäftigt sein.

Gegen den dies Gesetz gefaßt werden soll, ist nicht schwer zu ermitteln. Hat man doch wiederholt in Höhe der Reichsregierung Beschlüsse gefaßt, wie die kommunistische Presse unterdrückt werden kann. Daß man nun die eigene Unfähigkeit zu einem betriebigen Abschluß der Arbeit als Vorwand nehmen will, um unter den nationalen Notwendigkeiten zum Ziele zu gelangen, Wunder nicht. Der Nationalismus ist ja eben das „Mädchen im Alde“ und warum soll er diesen Namen nicht dienen?

Der bayerische Hochverrat

Der Prozeß gegen die deutschvölkischen Reichstörer Nachhaus und Suchs in München, die angeklagt sind, mit französischem Geld die Abtrennung Bayerns von Deutschland und die Wiedererrichtung der Monarchie betrieben zu haben, läßt diese Blitze zu auf die Finanzierung der monarchistisch-separatistischen Bewegung. Da die Verhandlung vor der Kammer eines Reichshofes, dem sogenannten Volksgericht, stattfindet, ist auf eine reifliche Aufklärung natürlich nicht zu rechnen. Die hochgestellten Hintermänner bleiben im allgemeinen im Dunkeln, wenigleich die Namen der Hauptverschwörer, die mit dem französischen Militäragenten Richert zusammenarbeiten, wie Audendorff, Rupprecht Wittelsbach, Hüller, sowie der Reichswehrgeneral Mühl, sowie sein Nachfolger General von Lossow den Stützen der mit französischen Franken zusammengebrachten vaterländischen Verbänden in Bayern sich vor Gericht nicht verschweigen lassen. Auch der Großindustrielle Mannesmann und der Fürst von Zurn und Taxis laten sich als Geldgeber hervor. Die Verbindungsäden zwischen den deutschen Monarchisten, der Schwerindustrie usw. mit den Agenten des französischen Imperialismus traten schon bei Beginn des Prozesses einigermaßen zu Tage. Ueber den Prozeß und seine politischen Hintergründe wird nach Abschluß des Verfahrens noch im Zusammenhang gründlich zu reden sein. Freilich wird manchem, der allerlei über die bayerischen Verschwörer aus den Kreisen der bewaffneten Geheimorganisation ausfragen könnte, der Mund gestopft werden. Ist doch am Tage vor der Verhandlung der Hauptangeklagte Machhaus plötzlich aus dem Leben geschieden. Er wurde in seiner Zelle tot aufgefunden, wie ja auch ein anderer Angeklagter, der Rechtsanwalt Dr. Kühles bereits vorher als Leiche aufgefunden worden war. Es scheint, daß die Feme der Organisation S wieder einmal prompt arbeitet. So war es bisher bei allen Prozessen. Von der Ermordung des angeblichen Attentats-Ausplauderers gegen Scheidemann bis zu der Sendung vergifteter Pralinen im Rathenauer Prozeß. Auch in Mecklenburg-Schwerin sind neuerdings wieder zwei Studenten tödlich vergiftet, die in ihrer Geheimorganisation verdächtig worden waren. Die völkische Feme wird auch im bayerischen Hochverratsprozeß auf dem Posten sein!

Aus dem Munde des Angeklagten, Prof. Suchs, erfuhr man übrigens, daß Rupprecht von Wittelsbach am liebsten mit Schulkindern und weisgeschickelten Jungfrauen seinen Einzug als König in Bayern halten möchte. Der Vorsitzende des Gerichtshofes unterbrach hier mit einem befriedigten: „Das genügt mir!“

Gegen Faschismus, für Arbeiterregierung

München, 6. Juni.

Am 5. Juni war um 7 1/2 Uhr die öffentliche Volksversammlung der KPD angefaßt, aber schon vor 7 Uhr strömten große Massen nach dem Volkshaus. Um 7 1/2 Uhr war der Saal überfüllt und viele Hunderte waren zur Umkehr gezwungen. Genosse Landtagsabgeordneter Schallerup sprach über das Thema:

Die Beste Kapital leckt nach Arbeiterblut. Der Referent verstand es, in 2 1/2 stündiger Rede die Anwesenden zu fesseln. Seine Ausführungen wurden öfters durch minutenlangen Beifall unterbrochen. Er zeigte die ganze Schändlichkeit der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, der Wirtschaft und Regierungsform und zeigte die Wege, die aus diesem Elend herausführen. Er beendete seinen Vortrag mit der Aufforderung zum Kampf gegen Krieg und Faschismus und erntete stürmischen Beifall.

Ja der Diskussion melbten sich SPD-Führer, trotzdem sie sich im Saale befanden, nicht zum Wort. Die Arbeiter forderten ganz energisch, daß sich die anwesenden SPD- und Gewerkschaftsführer zum Wort melden, da sie jetzt wackende Gelagenheit hätten, mit den Kommunisten abzurufen. Es zeigte sich auch hier die Freiheit der SPD-Führer, denn niemand folgte der Aufforderung. Beim Versammlungsleiter melbete sich der Kartellvorsitzende Fischer und erklärte, daß er erst nach Schluß des Referats gekommen sei und somit nicht in der Diskussion sprechen könne. Daraufhin ergriß Genosse Heinzel das Wort und brachte folgende Resolution vor:

Die am 5. Juni in Siegen von 2500 Personen beschickte öffentliche Volksversammlung erhebt scharfsten Protest gegen jede weitere Verelendung der breiten Massen und sagt dem deutschen wie dem internationalen Kapitalismus und Imperialismus den schärfsten Kampf an. Sie fordert Abtritt der Regierung S und Schaffung einer revolutionären Arbeiterregierung. Das Proletariat wird diese durch die proletarische Einheitsfront erkämpfen.

Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Genosse Schallerup erntete in seinem Schlusswort noch reichen Beifall. Genosse Weister forderte die Anwesenden auf, das Geßörte in die Tat umzusetzen und sich einzureihen in die kommunistische Partei und die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ zu abonnieren. Als Erfolg konnten mehrere Ausnahmen in die Partei gebracht werden, außerdem wurden 8871 Mk. zum Kampffond der Partei gesammelt.

Die Justizreform des monarchistischen Justizministers

Berlin, 6. Juni.

Der Reichstag behandelte in erster Lesung eine Vorlage zur Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozedur, die recht bezeichnend für den reaktionären Kurs der Cuno-Regierung ist. Sie bringt die Erfüllung der Pläne, die schon unter dem wilhelminischen Regiment gesponnen wurden und die auf eine wesentliche Verschlechterung des Gerichtsverfahrens hinauslaufen. Die Schwurgerichte garantieren-wahllos keine objektive Rechtsprechung. Sie spiegeln nur die Gedankengänge der Bourgeoisie wieder, mehr aber noch prägt sich in den Verurteilungen die Klassenjustiz aus, und die neue Reform, die schon lange vor dem Kriege geplant war, und die jetzt noch in verschlechterter Form Geseh werden soll, macht das Berufsrichtertum zu den maßgebendsten Faktoren der Rechtsprechung. Sie räumt auf mit den Schwurgerichten und gibt dem Einzelrichter weitgehende Befugnisse. Kein Wunder, daß Bayern versprochen hat, wenn diese Reform Geseh werde, wolle es die Befestigung der berechtigten bayerischen Volksgerichte in Erwägung ziehen.

Die Redner der bürgerlichen Parteien War-muth (Dn. Sp.), Diringer (Dt. Sp.), Schüdling (Dem.), Bell (Str.), und Emminger (Dn. Sp.) begnügten sich mit einigen juristischen Finessen. Radbruch von der SPD. bezeichnete die Vorlage übrigens auch als unzulänglich. Es scheint aber zweifelhaft, ob die Sozialdemokraten ihren Widerstand aufrecht erhalten. Maßgebende Fraktionsführer haben jetzt schon die Absicht ausgesprochen, die Vorlage nach Kräften zu fördern.

Genosse Herzfeld, der für die kommunistische Fraktion sprach, schloß folgendes aus:

24 Stunden, nachdem der Entwurf in unsere Hände gekommen ist, soll er durchgepeißt werden. Das ist bezeichnend für den Kurs, mit dem diese großartige Justizreform behandelt wird. Es ist der reine Hohn! Es wird immer behauptet, daß das Laienelement mehr herangezogen werden soll. Das äußert sich wahrheitlich daran, daß nach dem Entwurf alle Vergehen, die mit einer Strafe unter 1 Jahr bedacht werden sollen, von einem Amtsrichter allein abgeurteilt werden sollen. Man stelle sich vor, wie ein bayerischer Amtsrichter über politische Vergehen urteilt, denn es ist klar, daß fast alle politischen Vergehen jetzt vor den Amtsrichtern gehen werden, da 95 Prozent der Fälle bei Pressevergehen und bei sonstigen politischen Straftaten bis zu 1 Jahr Gefängnis ausgesprochen wird, oder man denke daran, was bei dieser Reform aus dem Geseh zum Schuß der Republik wird. Dieses Geseh tritt einfach außer Kraft, weil nicht mehr vor dem Reichsgerichtshof der Prozeß geführt wird, sondern der Amtsrichter, genau das Element, das ausgeschaltet werden sollte, allein urteilen wird. Sie rufen mir zu: „Aber die Berufung!“ Wir wissen doch, was mit der Berufung los ist. In 75 Prozent der Fälle bennt die Berufungsinstanz gar nicht daran, die Strafe der ersten Instanz herabzusetzen. Sie wird das Urteil bestätigen und die neuen Schöffengerichte — drei Altkrägen und zwei Laien, das ist die verstärkte Heranziehung des Laienelements, aber gar schon die Schwurgerichtsreform. Es ist der reine Hohn auf die Idee der Schwurgerichte. Es werden jetzt Berufsrichter unter die Schöffen gesetzt. Kämpfen Sie doch die Klassenkämpfe in der Justiz aus! Mollen Sie die Justiz zum Ueberbau über den wirtschaftlichen Unterbau machen, dann bringen Sie doch die alte Forderung der Sozialdemokratie zur Verwirklichung: die Wahl der Richter durch das Volk, die Wahl der Schöffen und der Geschworenen nach dem Proporz und durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Sehen Sie dann zu, wie weit Sie kommen werden — und wäre dafür nicht hange. So aber ist Ihre Reform eine reaktionäre Reform, die keine Reform, sondern eine Verschlechterung ist, die wir reiflos ablehnen.

Zum Schluß kam es über die Amnestiefrage zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen dem Justizminister Heine und dem Abg. Rosenfeld (SPD). Es liegen eine Anzahl Resolutionen des Reichsausschusses zur Amnestiefrage vor. Der Reichsausschuss hat alle Anträge auf Erlass einer umfassenden Amnestie abgelehnt, den kommunistischen Antrag sogar ohne Debatte mit Hilfe der Sozialdemokraten. Als Ersatz bietet der Reichsausschuss einiges in Resolutionsform gebracht, das die Regierung zu gar nichts verpflichtet. Die SPD. wollte diese Resolution um etwas verschärfen, wenigstens hinsichtlich der bayerischen und der wegen des Eisenbahnerstreiks erfolgten Verurteilungen.

Rosenfeld begründete diesen Antrag und griff dabei den Justizminister Heine wegen seiner Hamburger Rede an, in der er erklärt hatte, die Deutschnationalen Volkspartei stehe ihm noch am nächsten. Nach einer anderen Zeitungsmeldung wünscht er in der Rede die Rückkehr zum guten alten Geist des deutschen Reichs, also zum Geist des Chauvinismus und Monarchismus.

Genosse Herzfeld übte scharfe Kritik an der Behandlung des kommunistischen Antrags und betonte, daß er sich allerdings dieser Regierung gegenüber nicht der Illusion hingabe, sie werde eine wirksame Amnestie erlassen. Die Arbeiter müssen sich, wie in allen anderen Fällen, auch in diesem Falle selbst helfen.

Der Minister bekannte sich unumwunden zu seinen Ausführungen, die er als Parteimann in einer Parteiverammlung gemacht habe. Unter lebhaftem Beifall der Deutschnationalen betonte er mit Nachdruck, daß er auch als Minister Parteimann bleibe. Er stehe zum Programm der Deutschen Volkspartei, d. h. der Justizminister der Republik und Anhänger der Monarchie. Dabei habe den Beifall der Deutschnationalen und der Cuno-Partei findet, ist nicht mehr als ein und billig.

Im Amt befindlichen, auch der auf Lebenszeit gewählten und besoldeten Magistratsmitglieder, und besoldeten Gemeindevorsteher und unbesoldeten Schöffen. Die Neuwahlen haben als bald nach der Neuwahl der Gemeindevorsteher stattzufinden. Die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neuwahlen im Amt. Obwage Ortsämtern für die Neuwahlen werden entsprechend dem § 8 ihrer Reihenfolge nach von der Mehrheit der wahlberechtigten Mitglieder des Wahlvorstandes bestimmt. Sind diese aber nicht mehr Gemeindevorsteher, dann wird der Nachrückende von den Ortsämtern bestimmt.

Der § 12 bestimmt, daß die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher und Schöffen von der bisherigen Gemeindevorsteherung nur dann befehligt werden dürfen, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevorsteherung ergeben hat. Die Wahl der Festbesoldeten nach § 12 darf von der neuen Gemeindevorsteherung nur noch auf 12 Jahre vollzogen werden.

Das Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindevahlen spricht in § 16 davon, daß die entgegenstehenden Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze oder der sonstigen Gesetze aufgehoben sind, und in § 17, daß der Minister des Innern zur Ausführung dieses Gesetzes, nach die nötigen Anweisungen erläßt. Damit schließt die Befehlsmaterie ab und so bald die nötigen Anweisungen von Herrn Severing vorliegen, können dann die Gemeindevahlen, so es den Sozialdemokraten gefällt, nach der alten, aus der vorstuflichen Zeit stammenden Städte- und Gemeinde-Ordnung stattfinden. Das sogenannte Notgesetz bringt nur unwesentliche Änderungen.

Eine neue Städte- und Gemeindeordnung konnten die regierenden Sozialdemokraten vor lauter „politischer Mitarbeit“ in der Bourgeoisie-Republik noch nicht einbringen. Sie hatten Wichtigeres zu tun. Daß sie es aber fertig brachten, das Wahlrecht für die Gemeindevahlen zu verschlechtern, ist immerhin etwas. Stellen wir uns trotzdem auf den Boden der gegebenen Tatsachen und bereiten wir die kommenden Gemeindevahlen mit aller Sorgfalt vor. Das Bürgertum ist seit längerer Zeit mürrisch. Versuchte es vor einiger Zeit die einzelnen Gemeinden zum Anschluß an den Landgemeindevorstand zu bewegen, um durch Protestresolutionen gegen die zu schaffenden Landbürgermeistereien und Auflösung der Ortsbürgerämter zu laufen, so versuchte man gegenwärtig die Aufstellung von unpolitischen Listen durch Arbeiterorganisationen und vereinigte Arbeiterorganisationen und Kriegsbeschädigtenverbände. Der Zweck ist offensichtlich. Man will keine „Politik“ in den Gemeindevorstellungen. Die Arbeiter sollen sich schon heute auf irgend eine unpolitische Liste schließen, damit den Arbeiterpartei das Wasser abgegraben wird. Die Reaktionen haben seit der letzten Gemeindevahl viel gelernt. Durch die sogenannten parteilosen Arbeitervertreter in den Ortsämtern und die schwankende Haltung der

sozialdemokratischen Vertreter blühte ihr Wertzen vorzüglich. Was liegt daher näher, wenn die Bürgerlichen diesen Zustand verewigen wollen? Hier gilt es, mit aller Kraft zeitig einzulegen, damit verhindert wird, daß die Arbeiterkraft an Orten, wo unsere Partei noch nicht vertreten ist, schon vorzeitig durch ein bürgerliches Abkommen festgelegt wird. Wo nur irgend möglich, müssen kommunistische, b. h. politische Listen zur Wahl eingebracht werden. Mit dem „Freundlicher“ der Parteilosen in den Gemeindevorstellungen muß aufgeräumt werden. Bei dem fortgesetzten Verfall der kapitalistischen Wirtschaft und dem immer größeren Schwanden der ökonomischen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise muß die Kommunalpolitik im Felde ausgeprägter Parteipolitik stehen, ohne deren Hervorheben die Arbeiterinteressen nicht gewahrt werden können.

Schupo gegen die Arbeiterjugend

Das Volksblatt in Hindenburg schreibt: In demselben Maße, in dem es der Schupo nicht gelingt, die öffentliche Ordnung in Ober-schlesien aufrecht zu erhalten, schicken sich einzelne Kräfte der Polizei an, dafür auf anderem Gebiete unstrittige Erfolge zu erzielen. Aus Mülkisch wird uns folgende, halb lächerliche, halb traurige Polizeigeschichte gemeldet:

Am vergangenen Sonntag hatte die Ortsgruppe der Hindenburg Arbeiterjugend einen Ausflug ins Dramatal gemacht. Als die Burschen und Mädchen am Nachmittag im südlichen Zuge Mülkisch passierten, kam aus dem Polizeiwachstube ein Schupo-Beamter herausgelaufen und forderte den Wimpelträger auf, ihm ins Wachstube zu folgen. Dieser und der Führer folgten der Aufforderung und auf ihre Frage, was das Ganze zu bedeuten habe, wurde ihnen erklärt, der Leutnant wünsche die Fahne zu sehen. Der Leutnant war jedoch nicht anwesend, besand sich vielmehr auf dem Sportplatz und mußte erst geholt werden. In der Zwischenzeit erlaubte sich ein Schupo-Beamter die Bemerkung: „Ihr hättet euch auch eine andere Fahne anschaffen können, als solch roten Feuert!“

Der Leutnant, der in Zivil war, ließ sich den Wimpel zeigen und erklärte dann, daß dieser auf der Wache bleibe. Auf die Einwendungen des Führers sagte er geniale Mann: „Sie scheinen nicht zu wissen, daß die roten Fahnen genau so verboten sind, wie die schwarzen.“ Erhöhen er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Wimpel in der Fahne der deutschen Republik enthielte, gab er ihn nicht heraus, er wurde vielmehr zusammengeführt und hinter einen Schrank gestellt. Erst als der Führer beschloß, den Polizeipräsidenten anzulauten, um ihn den Vorfall zu melden, wurde der Wimpel herausgegeben. Dagegen wollte man jetzt nicht erlauben, daß die Jugend im geschlossenen Zuge nach Hause ginge, sondern man verlangte, daß jeder einzeln weitergehe. Auch dagegen erlaubte sich der Führer, weil er die Verantwortung der Eltern gegenüber zu tragen habe, daß die Jugend denn doch ziehen, hatte ihr aber die Freude an der ganzen schönen Wanderung verberben.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß schon in vorrevolutionären Zeiten die Arbeiterjugend unbelästigt ihre Fahnen auf der Straße tragen und in geschlossenen Zuge marschieren konnte, so erscheint uns das Verhalten dieses Polizeimannes heute tatsächlich eines Patentes würdig und wir hätten wirklich gern gewußt, ob die

ober-schlesische Polizei vielleicht über noch mehr solcher Polizeiarbeiten verfügt. Dann würde damit allerdings manches verständlich, aber das man heute den Kopf schüttelt. Zur näheren Charakteristik dieses Mülkischer Schupo-Kommandos sei nur noch bemerkt, daß es sich dabei um die gleichen Leute handelt, die nicht davon gelassen haben, daß bei der kürzlich in Mülkisch Anhängen verbotener Selbstschußorganisationen ganze Nächte lang auf der Straße bewaffnete Posten gestanden haben. In der Kastrastrasse nämlich, damit man sie nicht abjagen könnte, das Schupo-Kommando aber hat abjagen können, so wissen, daß die Ersistenz der Arbeiterjugend und ihrer Fahnen der Aufmerksamkeit dieses Polizeikommandos nicht auch noch entgangen ist.

Da es sich im vorstehenden Fall um sozialdemokratische Arbeiterjugend handelt, findet das „Volksblatt“ scharfe Worte der Kritik.

Als aber vor einigen Wochen die kommunistische Jugend in viel schlimmerer Art überfallen wurde, da fand das „Volksblatt“ für das Vorgehen der Schupo kein Wort der Kritik, sondern sie setzte über die Mitteilung der Demonstration der K. B. die Ueberschrift: „Auch ein Jugendtag!“

Es ist leicht ersichtlich, welchen Schaden werden sich diese unterschiedliche Behandlung sehr wohl merken und einsehen, daß nur die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ grundsätzlich gegen Faschismus und die mit ihm verbündete Schupo kämpft.

Ein schwarzes Eisenbahnunfall

Das zwei Menschenleben forderte, ereignete sich auf der Station Pirawa der Eisenbahnstrecke Ratibor-Randzin in der Nacht zum Sonntagabend um 12.40 Uhr. Ein von Ratibor abgegangener Güterzug, dessen Schluß drei mit Langholz beladene Wagen bildeten, war so schwer beladen, daß er nur sehr schwer vorwärts kam und an der hinter Pirawa befindlichen Hilfslokomotive anzuhalten mußte. Als letztere eben angelangt war und den Güterzug von der Stelle bringen wollte, kam der von Ratibor um 11.43 Uhr nachts abgegangene Personenzug Nr. 218 auf denselben Gleis herangelaufen. Das Ausfahrtssignal stand offen für den Güterzug. Der Lokomotivführer des herankommenden Personenzuges hielt das freie Fahrt stehende Signal für sich bestimmt und fuhr infolgedessen mit voller Wucht auf den letzten Wagen des Güterzuges auf. Die Langholzwagen schoben sich ineinander, die Stämme wurden geknickt wie Streichhölzer und steien den Schlußwagener Hubert Sellnik aus Ratibor. Die Lokomotive des Personenzuges hielt dem Anprall stand; der dahinter befindliche Packwagen aber wurde zusammengedrückt und der in demselben sitzende Zugführer August Krugel aus Ratibor erbeutet. Die Fahrgäste kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Wagenwärter Drescher aus Pirawa erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Sachschaden ist sehr groß und beträgt nach amtlicher Schätzung 180 Millionen Mark. Der Packwagen des Personenzuges und zwei Personenzugswagen sowie auch die Lokomotive des Personenzuges, drei Langholzwagen und 20 Wagen des Güterzuges wurden stark beschädigt. Der Verkehr Ratibor-Randzin konnte bis zur Beendigung der Austrumarbeiten an der Unfallstelle eingeleistet erhalten werden.

Bewaffnete Faschistenbande überfällt wehrlose Arbeiter

Ein Arbeiter aus Zaborsze schreibt uns: „Die Ueberfälle auf kommunistische Arbeiter in unserem Ort häufen sich immer mehr.“

Kürzlich mußten wir berichten von einem Ueberfall auf unsere Genossen Blachnisky und Schymczyl. Am Sonnabend, den 2. Juni d. J., ereignete sich folgender Vorfall: Einige kommunistische Arbeiter besanden sich bei geistlicher Unterhaltung in einem Lokal bei Müller in Zaborsze. Dabei wurden auch proletarische Lieber gehalten. Ein Spiegel der Faschistenbande unterrichtete davon den Faschistenführer Hans Sacki, welcher in dem Lokal bei Spernal mit seinen Komplizen eine Zerstörung veranfaßte. Der Plan auf einen Ueberfall war vom Sacki fertiggestellt, wobei die Pistolen geladen wurden. Geheimes Betreten Sacki und Karmarek mit ihren Komplizen das Lokal von Müller, in dem sich unsere Arbeiter bei besser geistlicher Unterhaltung besanden, und provozieren dieselben durch die Ausdrücke: „Ihr Kommunisten, beweist doch eure Taten.“ „Denn ihr wollt, werdet ihr noch lange Beine bekommen.“ Da der Wirt Feierabend gebot, verließen die Arbeiter, zehn an der Zahl, das Lokal. Auf der Straße wiederum Anpöbelung und provozierendes Benehmen seitens des Faschistenhauptlings Sacki und Karmarek gegen die

Arbeiter. Diese Bande wollte gern an diesem Abend Arbeiterblut stehen sehen. Ihre Pistolen herausziehend, das Kommando vom Sacki: „Schwärmel! Straße frei!“ (Schossen sie in die nichtsahnenden kommunistischen Arbeiter hinein. Das war aber doch zu viel. Die Arbeiter, voller Empörung, stürmten mit blanken Fäustern die bis an die Zähne schwerbewaffnete Faschistenbande und schlugen diese in die Flucht auf der Bahnstraße. Die selbe Bande knallte, entsetzt stehend, noch auf unsere Genossen, welche aber stets gute Deckung nahmen, um sie gefangen zu nehmen und zu entwaffnen. In einem Hause an der Bahnstraße schoß wiederum Sacki mit seinen Komplizen auf die Arbeiter. Ein Komplize der Faschistenbande hatte Stellung genommen auf der anderen Seite der Bahnstraße. Dieser wollte nun rüber zu seinen Komplizen und rannte direkt in das Feuer, das die Faschisten abgaben. Dabei erlitt ihn sein Schicksal. Denn seine eigenen Komplizen streckten ihn durch einen Bauchschuß nieder, so daß er nach 10 Minuten verstarb. Ein Schupo-Beamter namens Pl. wäre von den Faschisten beinahe erschossen worden. Sein Rock weist viele Fleden auf, die von den von der Mauer abprallenden Geschossen her-

Der arme Hans

Drei blutige Zeichen lagen im geritzten Feld. Gerade bei Fuß bewachten zwei Genossen die Ruhe der Toten. — Besammelte Schwüle. Die heiße Sonne verlangte die Strichdächer der Hütten am Fuße des Berges. — Der Korporal sah den Zug so an, als wollte er ihn mit einem Blick befehlen, seinen Schatten auf sich zu werfen. Der Feldwebel betrachtete die Toten mit dem Wohlwollen der Müdigkeit, die großen großen Wulstausbrüchen zu folgen pflegt, aber die von Genarmen abgewandten gestrigen Wunden konnten keine Genarmen-angen heilen. — Der alte tote Bauer lag so ruhig da, als ob er schlief, an die langen Strähnen seines letzten Haares hingelen wie durchsichtige, und am Hals war ein roter Fleck, nicht größer als eine rote Mohrrübe. Lange hat der Langschädel gelebt. Das Alter des Nachbarn war nicht festzustellen. Geweche-follen und Stiefelabsatz haben seinen Kopf ganz verschoren. Der dritte tote, ein hochau-gehoelter, langer Durche, hat die Augen in die Augen der Toten schauen. Er lag da, das Gesicht begraben in der aufgeschütteten Erde, als wollte er dort Hilfe gegen die Würmer suchen.

„Sag, da, der eine schlief.“ Der Korporal suchte zusammen. Der Feldwebel drückte seinen Kameraden kein Gewehr in die Hand, er ließ ihn stehen und den langen Durche wieder. Mit geschicktem Griff legte er ihn auf den Rücken, und sah jetzt, daß er Recht hatte. Der arme Hans lebte und er hätte keine Not. Als der Feldwebel den Betendenden, wie er die erste Hilfeleistung gemacht hatte, mit herber Hand zum Ehrenplatz, fiel das gewaltige Haupt des Durche auf die Brust herab, und durch die blaue Rippen quoll viel Blut. Der Feldwebel hatte den Durche, um ihn zu helfen, erst sehr geschickt, und dann redete er ihm mit gutem Worten zu, doch zu sich zu kommen. Man sah es ihm an, die ungewohnte Arbeit hatte ihn ganz aus seiner gewohnten Ruhe gebracht. Als aber der Durche wieder auf das harte Schütteln, noch auch zu reden für zu sich kommen wollte, ließ ihn der Feldwebel stehen. Der Kopf des armen Hans lag hart auf dem von Genarmen abgewandten Toten.

„Es wäre gut, ihm was zu trinken zu geben!“ meinte der Korporal. Da sagte der Feldwebel den Betendenden wieder auf und preßte ihm seine Feldflasche zwischen die blutigen, lötligen Lippen. „Trink, Bruder!“

Die Augen des armen Hans juckten, er kratzte die Jähne fest aneinander, seine Kehle bewegte sich nicht, der Schnaps des Genarmen blieb ihm im Mund. „Trink!“ Jetzt erklärte der Betendende dem Genarmen, und er schloß auch die harte, knöcherne Hand an seinen Hals. „Wie zur Berichtigung sag er die Karte an seinen Leib und suchte seinen Kopf zu befreien. Und da der Feldwebel sich jetzt noch tiefer bückte, wippte sie gegenständig ihren Atem auf ihre Gesichter. Das Geschloß warf den armen Hans erwiderte „Trink“, redete ihm der Genarm wieder zu. Jetzt kam der Durche zu Atem, er nahm die letzte Kraft seines geschwunden Körpers zusammen und spitz dem Genarmen seinen blutigen, mit Schnaps und Erde gemengten Speichel ins Gesicht. Der Feldwebel sprang rasch auf, umschänmend, entriß seinem Kollegen das Gewehr, und schlug es dem Betendenden ins Gesicht. — Der arme Hans lag still, unbeweglich auf graulichem Grund und Boden. Bela Hies

Im Namen der Gittlichkeit für Beschlagnahme von George Grosz „Ecce Homo“

Was ist nun? Entsetzen sie sich? Schänden sie sich? Entsetzen sie den Anblick ihrer eigenen Gemeinheit und Ginnis nicht? Ihr Schamgefühl verlegt! So heißt es im Beschlus des Amtsgerichts: „Beschlus in dem Ermittlungsverfahren gegen Adolf Berlag in Berlin-Halensee, Art. Kurierbanden 20, gegen George Grosz und die Kurierbanden Dr. Cella & Co. wegen Vergehen gegen § 184 und die Beschlagnahme des Werkes „Ecce Homo“ von George Grosz, sowie die das genannte Werk betreffende Einladung zur Ausstellung angeordnet. Da ein wesentlicher Teil der Verurteilung des Schamens und Gittlichkeitsgefühl des Betendenden in geistlicher Beziehung verlegt, das gesamte

Werk somit einen unzüchtigen Charakter hat und demgemäß der Eingiehung unterliegt.“ Ehartotenburg, den 25. April 1923.

Das Amtsgericht, Abt. 24. G. C. Seidenstamm.

Diese schämigen stittamen Blumen, köstlich Ihre eigene Klassenmäßige Schamlosigkeit und Unfähigkeit verlegt Ihr „Gittlichkeitsgefühl“. Gibt es das überhaupt? Oder lautet George Grosz sich etwa seine Produktionen aus den Fingern? Es sind die „Edelsten und Besten“, die er konstatiert. Die Gittlichkeitsstimmeln sind angefüllt... etwa Jucht und Gitt zu reiten? George Grosz Berl geschah im Namen der Gittlichkeit. Deshalb beleidigt es die Unfähigkeit. Der Gittlichkeitsstimmeln aber schämigst im Namen — nicht nur der Unfähigkeit — im Namen der herrschenden Klasse. George Grosz hörte die Ruhe des Stumpfes. Er hielt Gericht. Nicht nur über die Unfähigkeit, auch über die schämigenden Richter, über die Pfaffen. Und welcher Pfaffe und Richter ertrage das letzte Bild seines „Ecce Homo“. Nicht wahr, Herr Seidenstamm! Darum fühlte man sich beleidigt und nicht nur wegen der „geschämiglichen“ Unfähigkeit. Da ist noch etwas anderes. Da ist noch ein zweites Gesicht. Es existieren ja schließlich doch nicht nur Dürren, hurende Schwebel, wolkige Spinnweben, die sich — wie sagte doch Franz Jung — den ganzen Tag nur damit vorbereiten, wie sie am besten ihre Beschlagnahmevergehen am Abend zusammenfassen. „Rein, da ist noch ein anderes Gesicht, das zwischen den Bourgeoisfragen drohend erast und erbitert aufsteht: das des Proleten. Herr Seidenstamm spricht nicht von diesem Gesicht. Ist es vielleicht auch unzüchtig? Er verschweigt es. Und doch ist es das Gesicht, das ihn ärgert. In diesem Gesicht geht eine Faust, die mit der roten Fahne droht. Die rote Fahne ist unzüchtig! Der zweite Teil davon, wo dieses Leute aber unzüchtige. Herr George Grosz am meisten gekränkt wird? Für Proleten unerschwinglich. Für den sind die Schreie nicht. Es wurde nicht für die Bourgeois als für den Proleten geschrieben. Die roten sollen den Proleten damit die Augen geöffnet werden, sofern er noch nicht blind, oder gar zu sehen Gelegenheit hat. Für

die Bourgeois aber ist es ein Stammbuch. Und eben von derselben Bourgeoisie, die darin an den Pranger gestellt wird, wird es gekauft. Was macht das? Zur Unzüchtigkeit gehören auch die, die sich daran freuen. Man nennt sie Pornographen. Sie werden Herrn Seidenstamm nicht begreifen mit seiner „Gittlichkeit“. Wir aber begreifen ihn... Wir wissen, worum es geht... George Grosz' St. ft aber wird auch Herrn Seidenstamm erreichen und die Pornographen werden auch auf ihre Kosten kommen. Keine Betrübniß!

Wir aber buchen einen Kulturkandal mehr in der freiesten Republik der Welt, die mit ihren unedlichen Beschlüssen noch die Monarchie Wilhelms übertrumpft. G. G. L.

Der gute Tag

Von Hans Maier
Die Diagnose lautete kurz: hochgradig tuberkulös und Knochenweichung infolge großer Unterernährung. Gestützt auf den Mann, verließ das Weib des Ambulatoriums. Der Mann — sonst ein braver Gatte und Familienvater, aber sehr unbesonnen und nervös — hätte am liebsten noch am Nachhauweg mit ihr gestritten... „Weißt mir nicht folgst“ Hieß er heftig hervor, wobei sein Scheinbarer Jörn im Grunde aber doch nur die grenzenlose Angst und Beforgnis um das Weib war. „Wie oft hab' i dir nit schon g'lagt, 'Berg' wann dir was, aber mit dem' verflucht'n Sper'n immer, was mach' i denn, wannst mir stribst, mit die Kinder...? Bergönne dir was!“ Das Weib mußte unwillkürlich lächeln. Wie er sich in Sifer hinsetzte! Er ist ja ein braver Mann; gibt ihr seinen Verdienst auf Heller und Pfennig, nur ein bißel aufgeregt und jähzornig ist er halt... Aber sie kennt das Leben besser; sie hat eine bessere Erfahrung wie er. Sie weiß besser, was es heißt, heutzutage mit hunderttausend Kronen etwas in die Marktlasse zu bringen... Am anderen Morgen. Es ist ein helllicher Tag. Die Frühlingssonne strahlt zum Fenster herein. Das trante Weib schlägt die Augen auf. Still ist es im Zimmer. Der Mann ist lang in die Arbeit gegangen und die Kinder sind in der Schule. Das Weib hat eine un-

nähren. Die feine Faschbänder ergibt pant... artig die Strassen und ließ den erschollenen Komplizen auf der Straße liegen. Unsere Genossen haben denselben abtransportiert. Die Schupo, welche nachträglich am Satorie erschienen, untersuchte unsere Genossen nach Waffen und konnte feststellen, daß dieselben nicht im Besitz von Waffen waren. Die Faschbänderpüttlinge Sahlt und Nagel wurden nächsten Tag früh in ihrer Befahrung von Kriminalbeamten in Haft genommen. Unsere Genossen sind ebenfalls einem Verhör im hiesigen Kriminalgebäude unterzogen worden und ließen ihr schwer belastendes Material gegen die Faschisten dort. Es ist merkwürdig, daß sich Sahlt überhaupt in unserem Orte frei bewegen konnte, wo er doch kürzlich einen Schupobeamten entwarfelt hatte. Warum Sahlt von der Schupo gespart wird, ist unverständlich. Es ist das Gerücht verbreitet, daß Sahlt einer Kommision angehört, welche sich das Ziel gesetzt hat, kommunistische Führer abzuschlagen.

Das „Vollblatt“ in Hindenburg schreibt zu diesem neuesten Standalösen Vorfall folgendes: „Bezeichnend ist, daß sich die Polizei nicht veranlaßt sieht, die Öffentlichkeit durch eine objektive Darstellung des Voralles zu unterrichten. Möchte sich die Polizei nicht dazu bequemen, anzuerkennen, daß das Ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist? Wenn solche Dinge passieren, die an Zustände bei wilden Wildkern erinnern, dann hat die Bevölkerung ein Recht, zu erfahren, was die Polizei zu tun für gut befindet.“

Leider ist diese Unterlassung nicht das einzige, was man an der Polizei zu beurteilen hat. Das Streben der verbotenen Selbstschußorganisationen, die jetzt nach Belieben Menschen auf der Straße niederhauen, beweist das absolute Versagen der Staatsgewalt im Bereich des Hindenburg Polizei Kommandos. Es ist bemerkenswert, daß das Hindenburg Polizei Kommando nicht von vornherein in geeignete Hände kam, die nach gewisser Richtung hin eine absolute Gewähr für Zuverlässigkeit geboten hätten, sondern unter die Leitung von Persönlichkeiten gegeben wurde, denen das Fraternalisieren der Polizei mit den verbotenen Selbstschußorganisationen ausschließlich zur Last fällt. An keinem anderen Orte hat sich dieses Versagen der Polizei in neuerer Zeit in einem so heulichen Licht gezeigt, als im Bereich des Hindenburg Polizei Kommandos, dessen leitende Persönlichkeiten infolge ihrer politischen und persönlichen Einstellung nicht die Kraft aufbringen oder den Willen haben, für Sauberkeit innerhalb der Schupo zu sorgen. Die von uns vor einigen Tagen mitgeteilte Beschwerde, bezugnehmend auf Selbstschußleute nachts auf der Polizeidirektion in Hindenburg herumtreiben können und gemeinsam mit Schupo-Beamten festgenommene Leute mißhandeln, ist doch ein Beweis dafür, bis zu welchem Grade die Zustände unter dem gegenwärtigen Polizeikommando in Hindenburg schon gediehen sind. Die Verhältnisse wachen sich in Hindenburg zu einer bewußten Sabotage der Sebringischen Verordnung aus.

denen zufolge die Selbstschußorganisationen jeglicher Art verboten sind.

Was man in Hindenburg erlebt, ist aber nicht nur eine Bildung, sondern eine Förderung dieser staatsfeindlichen und verbotenen Bestrebungen in aller Form.

Heute können wir dem „Vollblatt“ mal untrügelhaft zustimmen. Auch wir sind der Ansicht, daß die schließlichen Behörden die Selbstschußbewegung begünstigen (siehe Dresden). Im Weiteren wiederholen wir unsere gestrige Frage an das „Vollblatt“: Ist die SPD. in Ober-Schlesien bereit, mit den Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus zu führen?

Kohenaus. Ein feiner Betriebsrat in der Marienhütte. Ein feiner Betriebsrat ist Herr Jänich (Girsch-Dunder) in der Marienhütte in Kohenaus. Während seine Kollegen und Kolleginnen nur 4-6 Tage in der Woche arbeiten, leistet dieser Arbeitervertreter in der Woche 4-6 Überstunden. Derselbe Herr legte vorletztes Jahr sein Amt als Betriebsrat mit der Begründung nieder, daß er mit dem Betriebsleiter nicht mehr auskommen könne. In diesem Jahre ließ sich Herr Jänich wieder als Kandidat aufstellen, ansehnlich hat er jetzt das rechte Verhältnis zu dem Betriebsleiter gefunden. Der genannte Herr kelleidet auch einige Welter in der Arbeiter-Sportbewegung. Die Arbeiter werden gut tun, auf Herrn Jänich zu achten, um ihm, wenn er sich wieder einmal als Arbeitervertreter aufspielen will, die rechte Antwort zu geben. Bisher gibt es in Kohenaus noch mehr solcher zweifelhafter Arbeitervertreter wie Jänich. Als kürzlich in einer gemeinsamen Sitzung zwischen Parteien und Gewerkschaften ein Antrag auf Gründung von Betriebs-Hundertchaften gestellt wurde, meldete sich sofort eine SPD-Große und rief, daß diese Hundertschaften verboten sind.

Waldenburg. Achtung! Ortsgruppe der RZ. Am 17. Juni findet der Internationale Jugendtag statt. Alle Ortsgruppen treffen sich Sonntagabend 11 Uhr in Liebau. Es können folgende Züge benutzt werden: von Waldenburg ab nachmittags 3.34, 6.37 und 9.04 Uhr; als letzter Zug von Dittersbach ab um 10 Uhr direkt bis Liebau. Alle Ortsgruppen müssen sofort dem Genossen Beutke mitteilen, wieviel Genossen und Genossinnen teilnehmen, und welche Gruppen auf Fahrpreiskompensation fahren.

Die Unterbezirksführer für Monat Mai sind sofort an die Unterbezirksleitung abzuliefern, ebenso die Gewerkschaftsliste. Dienstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Unterbezirksleitungssitzung in Waldenburg, Parteilokal Zwenitzstr.

Beuthen OS. Verhungert. Am 19. Mai starb die Frau Maria Gollingwa, hier Raserstraße, Hauswirt Prizunin, an dem Hungertod. Betreffende war Wittwe. Mutter von sieben Kindern und bezog eine Knappschäftsrente von 50 000 Mark. Da doch bei sieben Kindern genügend zu tun wäre, hatte sie noch durch Zeltungstragen die Not lindern wollen. Bis endlich die Kräfte nicht mehr ausreichten und sie an Unterernährung starb. Sie ist auch bei der zuständigen Stelle vorstellig gewesen, man sollte ihr wenigstens das Wassergeld von der Miete verrechnen. Wie aber erfahren wurde, daß die Frau einen fünfzehnjährigen Sohn hatte, der schon in Arbeitsverhältnis steht, ist sie glattweg abgewiesen worden mit der Bemerkung, sie haben schon einen Sohn, der verdient, da stehen sie noch gut da. Da aber eine Mutter lieber selbst hungert, als daß sie ihre Kinder hungern läßt, bezahlte die Frau ihre Mutterliebe mit dem Hungertode.

Sandeshut. Achtung! Wietee! Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Mieterversammlung. Tagesordnung: Die Stadtverordnetenwahlen und die Mieterschaft, sowie andere wichtige Mieter- und Wohnungsfragen. Referent: Geschäftsleiter Uer-Waldenburg, Mitschlaggenos. Beigt Euer Interesse durch Massenaufmarsch. Der Vorstand.

Altmaier. Volksbund für Weltfrieden. Der 2. Unterbezirk hielt am Sonntag, den 3. Juni, seine ordentliche Konferenz ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden. 2. Aussprache über die Weltfriedenskonferenz. 3. Unsere weitere Arbeit. 4. Festlegung des Tagungsortes. 5. Bericht über die Arbeit. Die Wahl ergab, daß der bisherige 1. Vorsitzende, Gessinnungsfreund Huber, zum 1. Vorsitzenden, zum 2. Vorsitzenden der Gessinnungsfreund Frank aus Hermsdorf gewählt wurden. Beide nahmen die Wahl ohne Bedenken an. Zu Punkt 2 gab der Delegierte, Gessinnungsfreund Neumann-Welshelm, den Bericht von der Weltfriedenskonferenz und es entspann sich eine rege Debatte. Es wurde auch zur Sprache gebracht, daß manche Krankenschwestern den Kranken Gessinnungsfreunden mitunter das Leben in den letzten Lebensstunden unerträglich machen und versuchen, in den letzten Minuten, wo der kranken Kranke mit dem Tode ringt und auch meistenteils nicht mehr laac denken kann, unterzujurufen eines Pastors den Armen in das Himmelreich einzuführen. Die Mitglieder der Weltfriedenskonferenz nahmen sich energisch gegen derartige Übergriffe und sie raten den Betr. Personen, die Finger davon zu lassen und die Weltlichkeit kann sich im besten Betätigen, wenn sie den Kampf gegen die Ausbeuter führen wird und dem Proletariat hier auf dieser Welt zu einem besseren Dasein verhilft und nicht erst nach dem Tode. Es wurde auch beschlossen, dementsprechende Schritte zu unternehmen um derartige Fälle zu beseitigen. Zu Punkt 3 entspann sich eine befruchtende Aussprache über die zentrale Arbeit und es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, es weiterhin bei dieser Organisation zu belassen. Zu Punkt 4 wurde dahin entschieden, daß im Zentrum ein Lokal festgelegt wurde, in dem in der Sommer-

zeit wieder Wandertouristen abgehalten werden. Punkt 5: Verschiedenes brachte die Erlaubung verschiedener Anfragen. Die einzelnen Gemeinderäte werden ersucht, die Berichte rechtzeitig an den Kassier bzw. Schriftführer, spätestens aber bis zum 1. Juli b. J., einzusenden, zugleich die Zahl der Abkommen für die „Weltfrieden“ und „Es werde Licht.“ Die Probenummern werden in den nächsten Tagen den Gemeinderäten zugeführt.

Kassel. Der Landarbeiterstreik und die SPD. Fritz er. Man schreibt uns: Die Landarbeiter des Kreises Kassel sind in den Streik getreten. Gestern nachmittag gingen sie in Massen vor das Rathaus und Landratsamt und beachteten ihre Forderungen durch den Kreisleiter Ballou (Geographiestudent) vor. Kreisleiter Dietz SPD, (früher Landarbeiter) führte seinen früheren Kollegen ihre letzte Lage vor. Man brachte zum Ausdruck, daß es mal ausbreiten soll mit all den schönen Worten und andächtigkeiten gesehen müssen. So wird darauf hingewiesen, daß der wirtschaftliche Kampf ein politischer Kampf ist und forderte die Kollegen Landarbeiter auf, geschlossen in die SPD einzutreten. Diese Rede rief großen Beifall und stürmische Begeisterung hervor. Kreisleiter Dietz hätte aber im Widerspruch gestanden, denn Herr Ballou, ein wohlgenährter SPD-Mann, erwiderte darauf:

„Kollegen, laßt Euch nicht beeinflussen vom Kollegen Dietz, denn was die SPD will, das können wir nicht durchführen. Kollege Dietz wird schon noch belehrt werden. Denn wir wollen uns nicht zum politischen Kampf hinreißen lassen durch kommunistische Orken, sondern unser Kampf ist ein rein wirtschaftlicher Kampf, und damit schloß er seine Demonstration ab.“

Selbst die Landarbeiter sind schon weiter wie der SPD-Führer. Sie lächen, wenn man ihnen erzählen will, daß wirtschaftliche Kämpfe von ihnen politischen zu trennen sind. Denn was läßt denn Landarbeiter die Erhöhung des Lohnes auf der einen Seite, wenn ihm die Agrarapitalisten und Industrieller den 10 fachen Betrag aus der Tasche nehmen.

Auch die Landarbeiter müssen Schulter an Schulter mit ihren Kameraden aus der Stadt für die Arbeiterregierung kämpfen.

Betrieb - Gewerkschaft

Der Streik im Bauergewerbe in Waldenburg beendet

Nachdem beständige Verhandlungen für das Baugewerbe angelegt waren, mußte auch in der Lage der Streikenden eine Änderung eintreten. Denn wie wir wissen, ließen sich ja die Unternehmer hier in Sonderverhandlungen nicht ein, da sie sich nach den Abmachungen der Provinz halten mußten. Wir Streikenden waren uns aber klar, daß wir zu den Verhandlungen wohl gehen, aber mit besonderen Bedingungen für Waldenburg. Unter diesen wurden auch die Verhandlungen geführt. Während die Arbeitnehmer-Vertreter eine Verdoppelung der Löhne forderte, hielt das Bezirks-Lohnamt eine 35 prozentige Erhöhung für angemessen. Wenn man die fortwährende Steigerung aller Bedarfsartikel betrachtet, so kann man nicht verstehen, wie ein Bezirkslohnamt, welches sich aus drei Arbeitern und drei Unternehmern zusammensetzt, zu der Auffassung kommt, daß 35 Prozent Lohnerhöhung genügen, um die Preissteigerung wegzumachen. Wir hegen ein starkes Mißtrauen gegen dieses Bezirkslohnamt, da es unsere Grachten nur dazu da ist, um die Löhne der Bauarbeiter recht niedrig zu halten. Die übrige Provinz hat wohl die 35 Prozent angenommen, aber uns Waldenburgern blieben ja noch die drückenden Verhandlungen. In diesen wurde eine 45 prozentige Zulage für die ersten 14 Tage im Juni erjakt; ferner mußten die Unternehmer erklären, keine Maßregelung vorzunehmen, an

den Lehrlingslöhnen nicht zu rütteln, die Ferien gehen trotz des Streiks weiter und das Lohngebiet 2 kommt ins Lohngebiet 1. Im Liebau wurden 48 Prozent herausgeholt und die Ferien endgültig festgelegt. Betrachten wir den ganzen Gang der Verhandlungen, so können wir für Waldenburg doch einen Erfolg buchen und haben unseren Kampf doch nicht umsonst zu führen brauchen, trotz Sabotage verschiedener Zweigvereins-Bögen in der Provinz.

In einer am 1. Juni stattgefundenen Streikversammlung wurde den Kollegen das Ergebnis der Verhandlungen bekannt gegeben. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung zeitigte die Annahme der bewilligten Forderungen. Sodann war der Streik abgedreht und für Sonntag früh die Wiederaufnahme der Arbeit erklärt.

Ein deutschnationaler Gewerkschaftsführer

Scheint der Jugendsekretär Wolf, Vetter der Jugend des Zentralverbandes der Angestellten zu sein. In der letzten Jugend-Parteilung äußerte er sich über die letzte Arbeitlosen-Demonstration, daß das ja alles arbeitsscheues Gesindel sei, das überhaupt keine Bildung besitzt. Diese Fäulzer gingen nur auf Wunden aus usw.; auch der größte Teil der Kommunisten seien bloß Schreier, die nicht

ruhige Nacht gehabt, wollte aber den Mann nicht wecken, denn er muß doch tagsüber schwer arbeiten. Ihr Blick fällt auf den Tisch neben dem Bett. Eine Flasche Rotwein, eine große Portion Schinkenaustrich, Semmeln und einige Orangen sind darauf erstreckt. Der einsichtige Mann - ein richtiger Dickschädel. Das Weib ist direkt böse auf ihn; es fängt nach, wo er sich wohl das Weib dazu ausgeborgt hat oder welches noch vorhandene Stück er wohl verkauft oder verpfändet haben mochte. Das Weib lächelt trübe; lacht über den Mann, der glaubt, daß er an einem einzigen Tag das dem Weib einbringen kann. Was es die Jahre her hatte einbringen müssen. Ein Hustenanfall schüttelt das Weib. Sie weiß es und läßt es: Der Tod hat schon zu feste Stellungen bezogen und er grinst nur hämlich über den verzweifeltsten Angriff des Mannes... Eigentlich schade, daß sie gar so munde und ohne Appetit ist; gerade heute, wo sie zum ersten Mal in ihrem Leben einen - „guten Tag“ hätte...

Nochmals Politische

Wir haben das Kinostück alle gesehen, zum mindesten darüber gelesen. Warum also noch mehr? Weil Politische in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Nr. 108, und den Politischen steht. Das „arme Galbier“, der Politische, verliert den Brief, der sein Schicksal bedeutet. Der Verlust ist vom Standpunkt des Dramas nicht motiviert - weder aus dem Charakter des Handlungsträgers, noch aus der Handlung erwachsen. Ein solcher Zufall also. Wenn uns eine Augenblicke der Atom stillsteht, so nicht in tragischen Erschauern, sondern in Mitleid.

Entgegen aller Gesetze der Dramatik, entgegen aller Menschheit überdüchtig und eine leidende Menschheit! So sehr überwälzig lie uns, daß wir noch tagelang verdrückt den Gedächtnis aus den alltäglichen Leben um einen Grad milderer preisgegeben sind, wie gewöhnlich.

Das ist das Tragische Politisches und darum protestieren wir.

Politische trau und spielt, ist gut mit den Fieber, Kindern und seiner Frau. Er ist seine Gutschicksal ergeben, wie dem Heber Wort, den man auch betriegt, obwohl man im

anbetet. So dreht sich sein Leben wie das von Tausenden.

Aber der Zar braucht Rekruten und man schlägt Politische vor, weil er ein Zaubertrick ist. Die gnädige Frau gibt ihn nicht her. Alle Götter lieben es, gnädig zu sein. Wenn auch nicht schrankenlos. Sie knüpft ihre Gnade an eine Bedingung: Politische soll sich bewähren. So wird sie sein Schicksal. Auch das zu sein, ist das Recht der Götter.

Trübsal bewahrt Politische den ihm anvertrauten Brief, aber auf seinem Weg begegnet ihm der junge Fürst, der an seiner Statt Rekrut werden muß - und auf dem Heimweg fällt ihm, dem Uebermüdeten, der Brief aus der Mütze. Obre seine Schuld hat sein Schicksal - seine Gebundenheit in die Klassenherrschaft - gegen ihn entschieden. Er schreit auf und erhängt sich.

Der gnädigen Frau brennt das Geld, brennt ihre göttliche Verantwortung auf den Nägeln. Sie wirft es dem h.in, der es fand. Es ist der Obhut des ausgesetzten Rekruten. Der umsicht das Geld befallen, aber der tote Politische treibt ihn, den Rekruten loszukaufen. Er geht hin, kauft den Rekruten los, indem er dafür einen anderen jungen und lebenshungrigen Durchgeh den Militär ausliefert. Auf dem Heimweg umtanzen die stillos betrunkenen Opfer des Menschenschades seinen Wagen.

„Ihr Menschenfresser!“

Der Garg des toten Politischen und der seines in der Babuwanne ertrunkenen Sohns, leins ziehen stumm an ihm vorbei.

Ost es eine strengere Gebundenheit, gibt es eine furchtlichere Gefolgschaft, als die diesen Kreis ineinander verflochtener Ursache und Wirkung - aus dem keine Güte, keine Treue, Pflanzhaltung, keine Erkenntnis einen Ausweg möglich macht?

Der Richter des Films ergut sich ein über den verlorenen Brief. So nicht in Arthur Politische und nicht weiter.

Wenn Poincare heute wegen festiger Jahrschmerzen wieder geschlafen hat, können wir morgen zufällig einen Krieg haben. Wir werden „Mitleid“ empfinden mit dieser verkehrten Welt, aber belächeln kein „tragisches Erschauern“.

Wohin, Politische hat Recht. Von dem Drama des erstickenden Bürgerkrieger wurde verlangt, daß alles aus dem Charakter des Handlungsträgers

erwachsen müsse, weil das liberale Bürgerturn des großen Liebes Gott enthornt und in einige hundert Millionen kleiner selbstherrlicher Miltatürgötter - Individuen - verwandelt hatte, also mußte jedes Individuum seine Gefährlichkeit, seinen Sinn in sich selber haben. Der Zufall hatte keinen Platz in diesem Drama, er würde die ganze bürgerliche Weltordnung sinnlos gemacht haben.

Aber das Odipus zufällig seinen Vater erschlug und seine Mutter liebte und dennoch sein Schicksal ein tragisches ist, geben auch die bürgerlichen Dramatiker an und haben damit selbst schon die Allgemeine-Gültigkeit ihrer dramatischen Gesetze auf.

Politische ist noch radikaler als sie. Er hebt nicht nur die allgemeine Gültigkeit auf, er hebt überhaupt alle Gesetze auf und nichts bleibt, als das: ein Mensch ist auf dem Leben (Weinemand) erstehen, ein Mensch schreit - im Kino - ein Mensch! Die allgemeine Menschlichkeit überwindet alle Gesetze. Und nur Hoffen hat er für die Leistung des heutigen Kinos und ihre etwaigen Versuche, die Bewegungskomplex der dramaturgischen Begebenheiten aufzuwickeln.

Leffing war ein mutiger Streiter des jungen Bürgerturns, was klar, kriegerisch. Hätten wir für das Kino, das fast jeden Abend tausend und abertausend Herkulesler in sich aufsaugt, in einen proletarischen Leffing - es würde unser Schaden nicht sein.

Wir haben ihn nicht. So wehren wir uns aber und verteidigen unser atomloses Götterturn und unsere aufsteigende Wut gegen den Verdacht eines schwächlichen Mitleids. Die Kunst hat ihre strengen Gesetze wie das Leben. Dem Einzelnen können Zufälle geschehen, maßlos viel unerschuldertes Unglück kann ihn treffen, aber er ist nur ein System des großen gesellschaftlichen Organismus, dessen notwendige Auswirkung alle scheinbaren Zufälle und Einzelschicksale sind.

Erhaben sind wir nicht voramt, das Schicksal auf uns zu nehmen. Zufällig konnte gestern ein Stein ein Schaf losgeben, dessen Folge eine Arbeiter-Schächerei war. Zufällig kann morgen an einer Gasse ein kleiner Faltschirmgewandelter bezogen, dessen Folge übernotgen der Weltkrieg ist. Aber wir kennen die Ursache, um deren willen diese Zufälle nicht nur geschehen können, sondern müssen.

Und daß wir nicht mehr um eines Zufalls willen gefängt, extrakt, verkauft werden - daß dieser Kreis grausamer Notwendigkeit, an der Politikuscha stirbt, sein Leben extrinkt, der Rekrut verdirbt - daß dieser Kreis endlich durchbrochen wird, ist unsere Sache. M.S.

Was ist die kommunistische Partei?

„Sprech, sag an, was ist, was soll uns Partei. Die Ihr so brünstig lobt? Die Erde - frei! Welt Menschentum le fer? Die Erde - frei! Wenn die Menge sich in Parteien zerbröht? Oede Hege nur, blinder Massen Orakel: - ach, Gest mir mit aller Partei! Schweig, bleicher Schatten, dem Wasser tr... Nicht Blut in den Adern raut. Du kennst nicht! Haß Du brennst nicht aus! Wirbelnde Spreu im Wind! Die Partei, unser Spanien, der wußt und grabt. Daß uralte Zwingsburg morschend schon lebt. Partei - Stahlgammar, der niederfaßt, In Arbeitervolkes, straffender Faust Partei - die schneidende Schere. Die Untaut, gell wucherndem, wehuel Partei - das Hirn, das emsig denkt. Die Olfieder des Leibes eintätigig lekt. Partei - das Herz, das ruflos schlägt. Das Mut zu düstenden Olfedern trägt. Das Herz, das schlägt, das schmerzgend sich krampt. Da Volkes Wunde im Mute dampft. Partei - Mannessstürmende zergerast, Da steigender Stoff neues Leben ergerast. Partei - Welkes bergender Mutterhoff. Da Zuunst wächst mächtig und groß. Wenn nach Hirt in der Stira, wenn Hart noch das Mart, Wer hungert und frei - herbei zur Partell Ferdel. Zur Erwählten! Ihr Kämpfer herbei! Die Partei, die Partei - die uns selbst - macht frei! Wie sterben: Es lebt - die Partell Sepp Hungerer (Stufe-Ges)

Klassenkampf auf dem Lande

Von H. Ray

Getrieben durch die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, getrieben durch Hunger, Not, Hunger, suchen die Massen des städtischen Proletariats, und namentlich im Ruhrgebiet sich Erleichterungen zu erringen, die ihre Existenz sichern. Dieselbe Notlage liegt der auf dem flachen Lande sich täglich steigenden Massenbewegung zugrunde, deren Parole ist: Land dem Volke!

Tausende, Hunderttausende der auf dem flachen Lande wohnenden Kleinbauern, Kleinrentner, Hof- und Gehilfenbesitzer und Arbeiter, Schulreifer und landarmen Bauern, suchen der Verelendung zu entgehen durch den Erwerb von Siedlungsland. Das Heer dieser Landhungrigen wächst mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Das im August 1919 geschaffene Reichslandungsamt erwies sich demgegenüber als völlig unzulänglich. Noch mehr! Es ist heute ein Schutzeschirm für die Großgrundbesitzer.

Die vom Reichslandungsamt aufgestellten Forderungen, über die eine Volksabstimmung einzuhalten ist, wozu ein Drittel der (bei mittlerer Bodenkasse) 40 Hektar übersteigenden Fläche jedes landwirtschaftlichen Betriebes enteignet werden soll, findet deshalb heute in bedeutend größerem Maße Anklang, als noch vor Jahresfrist. Haben damals 4000 Siedlungsanwärter den Antrag unterschrieben, so kann der Reichslandungsamt heute wohl über 100000 Unterschriften für keinen Antrag aufweisen, trotz seiner geringen agitatorischen Kräfte. Dies zeigt, wie elementar die Bewegung ist, die große Teile der Dorfbewohner in scharfen Gegensatz zu den Agrarkapitalisten bringt.

Wie gegen die Kommunisten infolge der Massenbewegung im Ruhrgebiet, so führen die Arbeiter aller Schattierungen und ihre Presseaktionen eine erbitterte Kampagne gegen den Reichslandungsamt, dessen Forderungen ihre heilige Selbstgrundlage bedroht. Der großagrarische Landbund schreit sogar nicht davor zurück, die Gemeindefürher mittels Rundschreiben anzudeuten, die Volksabstimmungslisten nicht anzusehen, zu verschleppen. Die Landwirtschaftsministerien des Reichs und der einzelnen Länder bearbeiten die Presse zum Kampf gegen die Siedlerforderungen.

In diesem trauten Bunde der Gegner des erwähnten Siedlungsantrages sind natürlich auch die Führer der USPD zu finden. Die sozialistische Agrarpropaganda weitest mit den Landbau-Organen im Kampf gegen die Siedlungsforderungen und namentlich gegen die enteignungslose Enteignung. Der Parteivorstand der USPD lehnt in einer langen Erklärung die Forderungen ab.

Bedrängt durch die Siedlungsanwärter, die zu einem Teil aus den sozialdemokratischen Reihen sich rekrutieren, sucht nun die USPD durch einen im Reichstag eingebrachten Bedeuerungsantrag dem Schrei nach Land angeblich Rechnung zu tragen. Unter dem vielgeliebten Titel: „Land dem Volke!“ verkündet der „Vorwärts“ den Bodenreformantrag, der sich bei näherem Besehen als ein sehr bescheidenes Produkt offenbart. Enteignet werden soll das Land, das ein Eigentümer über 750 Hektar besitzt, und bei Fortbestand über 100 Hektar. Schlecht bewirtschaftete Güter ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße, sollen der Enteignung unterliegen. Als Entschädigung für den enteigneten Land- und Waldbesitz soll der Wert der Grundstücke nach Veranlagung zur Vermögenssteuer gezahlt werden. Der enteignete Land bleibt Staatsbesitz, ebenso das enteignete Land. Letzteres soll zur Siedlung in ihren verschiedensten Formen gegen Sachentschädigung zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll den Gemeinden zur Förderung der Heimstättenbewegung das Recht auf Fortbau und Enteignung bestimmter Ländereien erteilt werden.

Diese Forderungen, von denen der „Vorwärts“ sagt, daß es vorerst „Richtlinien“ seien, sind völlig unzureichend und bedürfen keineswegs einer Ergänzung.

Die praktische Arbeit der Reformisten

In der Vielesfelder Metallarbeiter sind die Schwerehaltstoffe besonders tragbar. Die wichtige Frage ist eingetreten, weil die Reformisten des Vielesfelder MAB bisher unangenehm als ihre natürliche Domäne beherrschten. In den letzten Wochen sind den Metallarbeitern in Vielesfeld und Umgebung durch die „praktische“ Arbeit der USPD-Bürokratie die Augen geöffnet worden.

Zwar einer sehr günstigen wirtschaftlichen Lage und obwohl die reformistische Bürokratie bisher und teilweise vorstellig wurde, fordern die Metallarbeitern wesentliche Verbesserungen des bisherigen wirtschaftlichen Zustandes. Das war für die USPD-Ordnungswahrung in Vielesfeld kein Grund, den „Wirtschaftsfrieden“ zu gefährden, sie empfahlen der Arbeiterchaft, die von den Unternehmern aufgestellten Tarifverhandlungen zu leiten. Kahren als

diger Weise einiger Erweiterungen, selbst wenn sie nur als Reform in Frage kommen sollen. Es ist zu fordern, daß die Grenze für das zu enteignende Land bei mittlerer Bodenkasse auf mindestens 25 Hektar herabgesetzt wird, daß wenigstens das Moor- und Weidland ohne Entschädigung enteignet und vom Staate urban gemacht wird, daß aus den enteigneten Forten zu Siedlungszwecken verbilligte Abgabe von Bauholz erfolgt, daß durch Übernahme der Bauindustrie in die Hände des Staates die Errichtung von Siedlungshäusern verbilligt wird, daß staatliche Kredite zur Beschaffung von Vieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Düngemitteln für die ländlichen Siedler und Kleinbauern zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderungen als Erweiterung des USPD-Antrages sind das Mindeste, wenn den in Frage kommenden Schichten Rechnung getragen werden soll, da nicht nur der Mangel an Siedlungsland, sondern die enormen Preise für Baumaterialien, für lebendes und totes Inventar ein wesentlicher Hemmschuh der Siedlung sind.

Die Erfahrungen mit den 10 Punkten des USPD, mit dem Vielesfelder Abkommen, sind Grund genug, um selbst den ungenügenden Forderungen des Bodenreformantrages der USPD mißtrauisch gegenüberzustehen. Hat die USPD ihren Antrag lediglich für einen Kuffahndel im Reichstag bestimmt, dann ist er nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben steht. Ja, er birgt damit eine große Gefahr für das gesamte Proletariat in sich.

Im Ruhrgebiet sind die Faschisten mit Unterstützung der Regierung und der französischen Generale dabei, die Arbeiterschaft niederzuknüeten. In Bayern erheben die Hitlergardien täglich frecher ihr Haupt. In Ost- und Norddeutschland rüsten die Faschisten lieberhaft unter Hinweis der Gefahr eines polnischen Einfalls, in Wirklichkeit gilt das Rufen der Land- und Industrie-Arbeiterschaft. In diesem Augenblick sind die Siedlungsbestrebungen nicht mehr allein Sache der Siedlungsanwärter auf dem flachen Lande, sondern in selbem Maße Sache der Industrie-Arbeiterschaft. Werden die hunderttausende landarme Bauern und sonstigen Siedlungsanwärter von der USPD lediglich geküßelt, damit die Samtregierung ungehindert die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus auf Kosten der Beschäftigten vollziehen kann, werden sie vom Proletariat in ihren Bestrebungen im Stich gelassen, dann werden die in Frage kommenden kleinbürgerlichen Schichten sich in ihrer Verzweiflung in die Arme der Faschisten werfen.

Darum ist es Aufgabe auch der Industrie-Arbeiterschaft, in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen vom USPD und namentlich von dem dem USPD angeschlossenen Deutschen Landarbeiterverband und von der USPD zu fordern, sofort in Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei und mit den Kleinbauernorganisationen an die Einleitung der Durchführung der aufgestellten Forderungen zu schreiten. Dazu ist notwendig, in allen Orten sofort Versammlungen und Demonstrationen unter den aufgestellten Forderungen zu veranstalten, in jedem Dorf interfraktionelle Kommissionen einzusetzen zur Feststellung des Landbedarfs, zur Feststellung des vorhandenen Grundgüterbestandes, zur Feststellung namentlich des schlecht bebauten Landes, zur Feststellung der jeweils zur Vermögenssteuer veranlagten Grundstückswerte.

Unterstützt das städtische Proletariat die wertvollen Massen des flachen Landes in ihrem Kampf, macht es deren Forderungen auch zu seinen Forderungen, dann kann es auch auf Bestehen und Unterstützung von dort rechnen, dann wird die Brücke geschlagen zur Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land gegen den Faschismus, gegen die wucherischen Industrie- und Agrarkapitalisten, gegen die Samtregierung für eine Arbeiterregierung.

Die USPD-Führer urteilen die Arbeiter. In der Abstimmung stimmten sie mit 94 Prozent für Streik und sie lehnten das freie Annehmen der Metallindustriellen ab. Die Arbeiter waren daher nicht wenig überrascht, als die USPD-Bürokratie nach diesem Abstimmungsergebnis den Oberbürgermeister zur Vermittlung ansetzte, um den Kampf zu verhindern. Diese Verhandlungen brachten eine lumpige 12prozentige Erhöhung der Löhne. Obwohl die Ordnungswahrung wiederum mit aller Wärme für die Annahme des Verhandlungsergebnisses eintrat, ohne die inzwischen eingetretenen 100prozentigen Löhnerhöhungen zu berücksichtigen, stimmten die Metallarbeiter mit 84 Prozent erneut für den Streik. Aber auch diese Willensäußerung der Vielesfelder Metallarbeiter wurde von der reformistischen Regierung mißachtet. Sie dachte nicht daran, dem Willen der Arbeiterchaft Rechnung zu tragen und

zur Arbeitseinstellung zu schreiten. Auf Antrag der Unternehmer wurde das Verhandlungsergebnis mit geringfügigen Verbesserungen in der Ferienfrage für verbindlich erklärt. Das war das Signal für die reformistische Leitung, dem Kampf mit der Begründung auszuweichen, es habe jetzt keinen Wert mehr zu streiten.

Der Vielesfelder Metallarbeiter hat sich ob solcher Taten der reformistischen Verbändebürokratie eine große Erregung bemächtigt. Mit ihren lächerlich geringen, zu dem im Monat Mai eingetretenen Löhnerhöhung in seinem Verhältnis stehenden Verdiensten haben sie bei dieser Bewegung den besten Anschauungsunterricht über die „praktische“ Gewerkschaftsarbeit der reformistischen Verbändebürokratie erhalten. Bei den Wahlen der Delegierten zum Verbandstage nach Kassel werden sie mit dem Reformismus abrechnen.

Note Hilfe

Beim Bezirkskomitee Schlefien gingen weiter ein Ortsgruppe Meißnerdorf 2675 M., Ortsgruppe Langmaltersdorf (Maiseier, Bergarbeiter-Verband) 4426 M., Ortsgruppe Schönberg (Deutscher Bauernverband) 3750 M., Rüdiger, Schubert, Konradsthal 11800 M., Josef Kottler, Krieger-Helmendorf (von einer dritten Person für die Note Hilfe) 25000 M., Czarna, Dombrowska 5480 M., Ungenannt, Pfaffenbrunn Kreis Lauban für Goetz 3200 M., Werner, Breslau 5000 M., Müller, Breslau 1000 M., R. G., Breslau, 1879 M., H. & S., Breslau 85 M., Silbermann, Breslau 32 M.

Note Hilfe, Bezirkskomitee Schlefien.

Parteiaufbau Es geht vorwärts

Die Parteiorganisation des Bezirks Halle-Merseburg hat im Monat April gute Fortschritte gemacht. In einer Werbewoche wurden 600 Mitglieder gewonnen. Für den Kampffonds wurden 3 Millionen Mark gesammelt, 64 öffentliche, zum größten Teil überfüllte Versammlungen fanden statt. Außerdem wurden in 195 Mitgliedern und 164 Funktionärversammlungen zu den Aufgaben der Partei Stellung genommen. Neue Ortsgruppen konnten in Ebersleben, Stedien, Seifei, Präfisch, Landendorf und Orben gegründet werden.

Auch die Jugend berichtet von einer Aufwärtsentwicklung, neben einer größeren Zahl öffentlicher Versammlungen wurden in Altkoben, Groß-Raynau, Weimbach, Stedien-Schraplau, Nebta und Nichtenburg neue Ortsgruppen gebildet.

Die USPD entfaltet fast gar keine Versammlungstätigkeit. Nur an wenigen kleinen Orten fanden öffentliche Versammlungen statt.

Die Faschisten treten immer frecher und herausfordernder auf. Die Deutsche Freiheitspartei tritt seit Gewerkschaft „Verbot“ als „Deutscher Herold“ auf und veranstaltet überall öffentliche Versammlungen. Wertwolf- und Stahlhelmvereinigungen provozieren die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird diesen Versuchen mit aller Entschlossenheit durch ihre Abwehrmaßnahmen entgegengetreten.

Bezirk Niedersachsen. Auch in dem Tätigkeitsgebiet Nostes macht die Partei gute Fortschritte. Am Sonntag fand eine öffentliche Volksversammlung in Hannover über die Vorgänge im Ruhrgebiet statt; starker Besuch. In der Diskussion betonte ein USPD-Genosse die Haltung seiner Partei.

Im Unterbezirk Vielesfeld fanden in den Orten Herfurt, Vielesfeld, Rinteln, Lage, öffentliche Versammlungen statt, die einen glänzenden Besuch aufwiesen. In allen Versammlungen traten USPD-Genossen auf, die in unserem Sinne sprachen und sich gegen die Haltung der Führer ihrer Partei wandten. In diesen Versammlungen wurden über 100 Neuzugänge für die Partei gemacht. Außerdem haben wir in den letzten Tagen im Unterbezirk Vielesfeld vier neue Ortsgruppen gebildet. Auch im übrigen Bezirk ist die Stimmung für unsere Partei gut.

Die Faschisten sind eifrig an der Arbeit. Sie mobilisieren ihre Kräfte und senden ganze Hundertschaften nach dem Rheinland zur Abschlagung der Ruhrarbeiterchaft. Von Hannover werden ständige Transporte nach Wanne und Hamm abgefand.

An unsere Abonnenten!

Von vielen unserer Kolporteurs hören wir jetzt Klagen, daß ihnen seitens einzelner Abonnenten in der Bezahlung des Zeitungsgeldes Schwierigkeiten gemacht werden. Dadurch wird diesen im Vertrieb der Zeitung wichtigen Funktionären die Schaffensfreudigkeit genommen. Dies liegt aber wohl nicht im Willen unserer Leser, sondern wir führen die verzögerte Zahlung nur auf eine gewisse Gleichgültigkeit verschiedener Leser zurück. Im Interesse unserer Kolporteurs und im Interesse einer geregelteren Geschäftsführung im Verlag bitten wir alle Abonnenten dringend, dem Zeitungsherrn keine Schwierigkeiten beim Abholen der Zeitungsgelder zu machen, sondern diese in ihrer nicht besonders angenehmen Bezahlung in jeder Art und Weise zu unterstützen. Die Expedition

Richtlinien für den proletarischen Selbstschutz in Sachsen

Wir entnehmen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Leipzig:
Von den Worten zu den Taten! Die Arbeiterschaft der Gebiete Plauen, Zwickau und Dresden hat es sich angelegen sein lassen, die Bildung der gemeinsamen Abwehrorganisationen gemäß den Vereinbarungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Wegen die Sabotage der rechten KPD-Führer.

Zwischen den Bezirksleitungen der KPD und der RPD in den Bezirken Zwickau-Plauen sind über den Aufbau der gemeinsamen Abwehrorganisationen die nachstehenden Vereinbarungen getroffen:

Grundsätzliches.
a) Der organisatorische Aufbau der proletarischen Abwehrorganisation erfolgt gemeinsam (nach den Richtlinien des Landarbeitsausschusses der KPD am 4. Mai 1923) von der KPD und RPD unter Anlehnung an die bestehenden Parteiorganisationen.

Organisatorisches.
a) In Orten, in denen bereits Abwehrorganisationen einer der beiden Parteien bestehen, werden dieselben zu einer gemeinsamen Organisation ausgebaut. Die in Betrieben beschäftigten Mitglieder dieser Abwehrorganisation werden als Betriebsformationen zusammengefasst. In den Betrieben, in denen keine Betriebsformation ist, ist eine Betriebsformation zu bilden. Die Betriebsformation hat sich ebenso wie die örtliche Organisation in sechs Gruppen und Hundertschaften zu gliedern und eine politische und technische Leitung zu bestimmen.

b) Die politische und technische Zentraleitung der Abwehrorganisation für den Bezirksverband Zwickau, umfassend die Kreishauptmannschaft Zwickau mit Ausnahme von Leipzig und Umgebung, befindet sich in Zwickau.

c) Der Bezirksverband Zwickau der gemeinsamen Abwehrorganisation gliedert sich in folgende 12 Abteilungen: Grünmühlbach, Weiden, Zwickau-Mühlengrund, Wilkau-Ritzsch, Reichenbach, Auerbach-Falkenstein, Ringenthal, Oelsnitz-Abort, Plauen, Schwarzenberg, Eisenbach-Schönheide, die ihre politische und technische Leitung selbst bestimmen.

d) Die Abteilungsleitungen stehen in direkter Verbindung mit den ihnen zugeteilten Ortschaften, die wie die Abteilungen ihre eigene politische und technische Leitung selbst bestimmen.

e) In den Ortschaften werden zunächst Sechsergruppen gebildet, von denen je 6 zu einer Unterabteilung zusammengefasst werden. Drei Unterabteilungen zu je 36 Mann bilden eine Hundertschaft. Die Sechsergruppen und Hundertschaften eines Wirtschaftsgebietes werden zu einer Abteilung zusammengefasst. Die 12 Abteilungen bilden die Bezirksorganisation.

f) Die Führer der Sechser- und Hundertschaften, sowie die der Hundertschaften und Abteilungen werden von den Mitgliedern gewählt. Die Bestätigung erfolgt durch die politischen Leitungen. In Streitfällen entscheidet die politische Bezirkszentraleitung unter Hinzuziehung der Beteiligten endgültig.

Leitung.
a) Die Zusammenfassung der politischen Leitung (Zentrale, Abteilungen, Ortschaften und Betriebe) erfolgt nach dem Stärkeverhältnis der beiden Parteien.

b) Die politische Leitung besteht aus sieben, die technische Zentraleitung aus fünf Personen. Die Stärke der technischen Leitungen in den Ortschaften, Betrieben und Abteilungen wird diesen selbst überlassen. Die technische Leitung gilt als Beirat und ausführendes Organ der politischen Leitung.

c) Alle Nachrichten und Befehle der Bezirkszentraleitung werden an die Abteilungsleitungen gegeben, die verpflichtet sind, dieselben den Ortschaften zu übermitteln.

d) Ueber Einsatz und Verwendung der Abwehrorganisation entscheidet die politische Zentraleitung in Zwickau. In unausschießbaren Fällen entscheidet die örtliche politische Leitung, die sofort die Zustimmung der politischen Zentraleitung in Zwickau einholen hat.

e) Alle Betriebsformationen sind dem Befehl der örtlichen politischen Leitung unterstellt, in denen ihr Betrieb stehen sich hat. Die Betriebsformation darf ebenso wie die örtliche Abwehrorganisation nur nach den Anweisungen der örtlichen politischen Leitung handeln.

f) Ergibt sich die Notwendigkeit des Eingreifens außerhalb der Arbeitszeit, so tritt die örtliche, im anderen Falle die Betriebsformation in Tätigkeit.

Allgemeines.

a) Zur Legitimation erhalten die Mitglieder der Abwehrorganisation einen schriftlichen Ausweis, als äußeres Kennzeichen eine Armbinde.

b) Die durch die Abwehrorganisationen entstehenden Aufkosten werden durch freiwillige Sammlungen und durch beide Parteien aufgebracht. Die hierzu erforderlichen Sammellisten usw. werden nur von der Zentraleitung in Zwickau ausgegeben.

c) Die Mitglieder der beiden Parteien sind verpflichtet, überall für die gemeinsame Abwehrorganisation zu wirken.

Die örtlichen Organisationen der beiden Parteien sind verpflichtet, auf der Grundlage dieses Organisationsplanes sofort die Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen vorzunehmen.

Der Bezirksverband Zwickau-Plauen der KPD

J. A. Max Seydewitz

Vorsitzender des Agitationskomitees der KPD des Bezirks Zwickau-Plauen.

J. A. Ernst Grube

Hervorzuheben ist, dass die Abwehrformationen in Plauen-Zwickau den Vereinbarungen gemäß wirklich in den Betrieben ihre Grundlage haben und die Mitglieder verpflichtet werden, für den gemeinsamen Selbstschutz überall zu wirken. Unerwähnt lassen die obigen Richtlinien die Frage der Aufnahme der nichtpolitisch organisierten in den Selbstschutz. Er müsste also noch ausdrücklich der Eintritt gewerkschaftlich organisierter Klassenkämpfer ermöglicht werden. Angehend ist die Regelung der Finanzierungsfrage (Absatz 6. Allgemeines). Die Kosten für den Selbstschutz, der die übergroße Mehrheit der Bevölkerung vor den reaktionären Mordbänden schützen soll, muss von der Regierung und den Gemeinden, nicht aber von den Mitgliedern der KPD und RPD getragen werden. Insbesondere müssen die bestehenden scharf zur Deckung der Kosten herangezogen werden. Die Herren Unternehmer haben ja meist sehr viel Geld übrig — wenn auch nur für Faszienschlapp.

Auch in Dresden wurden am 31. Mai zwischen KPD und KPD folgende Richtlinien vereinbart.

Der organisatorische Aufbau des proletarischen Selbstschutzes in Dresden erfolgt gemeinsam von der KPD und RPD unter Anlehnung an die politische Organisation. Die in den einzelnen Betrieben organisierten Selbstschutzgruppen werden in den Betrieben zusammengefasst.

Ueber die Aufnahme von nur freigeberisch organisierten Arbeitern in den proletarischen Selbstschutz durch die Betriebe entscheidet die politische Leitung für Groß-Dresden.

Die politische Leitung für Groß-Dresden setzt sich aus fünf KPD- und drei RPD-Mitgliedern zusammen.

Der Sitz der politischen Leitung ist das Bezirkssekretariat der KPD, Dresden-Mittstadt.

Wettstein 10, 1. Telefon: 18397 und 18467.
Jedes Mitglied des proletarischen Selbstschutzes erhält eine Armbinde und wird kenntlich gemacht durch eine Armbinde. Ausweis und Armbinde werden im Bezirkssekretariat ausgegeben. (Der Zeitpunkt der Ausgabe wird noch bekanntgegeben.)
Den Befehlen der politischen und technischen Leitung ist unbedingt Folge zu leisten.

Die politische Leitung,
Karl Bethke (KPD), Schurig (RPD)

Die schwarz-weiß-rote Mörderfahne

Wie der „Welt am Montag“ berichtet wird, wallfahren die Deutschösterreichischen immer zahlreicher zu dem Grab der beiden Rathenau-Mörder Fischer und Kern in Saalfeld. Auf dem Mördergrab kann man mindestens ein Dutzend Kränze zählen, die Ostentativ mit großen schwarz-weiß-roten Schleifen geschmückt sind. Hunderte von Nationalisten (ihre Namensstellung wäre ebenso interessant wie die Mitglieder der Organisation S), pilgern in böhmischer Mörderanbetung zu diesem Grabe. Deutschösterreichische pflanzen an dem richtigen Grabe in nationaler Heldenverehrung ihre schwarz-weiß-rote Mörderfahne auf.

Hat die KPD die Ruhrfront erdolcht?

Gegen die Bogromheke der Gewerkschaftsführer

Erklärung:

Das Schanddokument des Regierungsdirektors Lutterbed hat sein Gegenstück in dem Aufruf der Vorstände der freien Gewerkschaften gefunden. Lutterbed hat die französischen Genossen, die streikenden Ruhrarbeiter mit deutscher Polizei und Reichswehr niederschlagen zu dürfen. Die Vorstände der freien Gewerkschaften geben in ihrem Aufruf der Regierung das Stichwort zum Niederschlagen der Kommunisten. Die Lügenhebe der bürgerlichen Presse über den „Kommunistenputsch“ im Ruhrgebiet ist unter der Wucht der Tatsachen zusammengebrochen. Die Vorstände der freien Gewerkschaften werfen sich in die Schanze und kurbeln die Lügenkampagne neu an. Hunderttausende Bergarbeiter, getrieben von der bittersten Not, elend verlassenen von ihren Gewerkschaftsführern, sind mit elementarer Wucht in den Streik getreten. Die Vorstände der freien Gewerkschaften, jene Gewerkschaftsführer, die nicht den Finger gerührt haben, um für die Ruhrarbeiter bessere Löhne zu erkämpfen, sie schwächen von kommunistischen Hundertschaften, die mit Knüppel und Revolver 340.000 Arbeiter zum Streik zwingen. Die Schultigkeit einer solchen Behauptung wird nur von ihrer Väterlichkeit übertroffen. Die streikenden Arbeiter werden von Laßpizeln, Fasziisten, Kriminal- und Schupobeamten provoziert. Man will sie in einen bewaffneten Kampf hineinlocken, um sie blutig niederzuschlagen. Unter der Führung der kommunistischen Partei gelingt es mit eiserner revolutionärer Disziplin, die Provokateure zurückzuschlagen, die von den Provokateuren angestifteten Plünderungen, wie selbst bürgerliche Zeitungen zugeben mussten, zu verhindern und den Streik geschlossen mit einem Erfolg für die Streikenden zu be-

Proletarische Hundertschaften verhindern ein Blutbad

Vom Landesauschuss der Betriebsräte Sachsen wird geschrieben:
Anlässlich der Feuerungskrawalle in Dresden schreibt die sozialdemokratische Chemnitzer „Volkstimme“ über die Bedeutung der proletarischen Hundertschaften folgendes:

„In Dresden sind es gerade die proletarischen Hundertschaften, denen es gelungen ist, die Demonstration vor dem Reichsbräuhaus zum Abzug zu bewegen. Die sehr heikle Situation ist in Dresden nur durch diese Organisation gerettet und

schlimmes Blutvergießen verhindert worden. Ein einmündiger Beweis für den Wert und die Bedeutung des proletarischen Selbstschutzes kann wohl kaum erbracht werden.

Diese Bedeutung der proletarischen Hundertschaften hat der Landesauschuss der Betriebsräte schon seit längerer Zeit erkannt. Aus diesem Grunde hat er nochmals in seiner Sitzung vom 18. Mai alle Landes- und Reichsausschussmitglieder der Betriebsräte verpflichtet, daß sie sich mit allen Nachdruck für die Bildung von gemeinsamen proletarischen Hundertschaften einsetzen müssen.

enden. Die Vorstände der freien Gewerkschaften, die alles getan haben, um den Streik niederschlagen, wüten darüber, daß der Streik der Ruhrarbeiter unter der Führung der kommunistischen Partei nicht mit einem Zusammenbruch, sondern mit einem Erfolg endete. Diese Gewerkschaftsführer sprechen von unterworfenen Elementen, die die Arbeiter in blutige Kämpfe geführt haben, lagern sich nicht selbst an, daß durch ihre verbrecherische Untätigkeit die Arbeiter gezwungen waren, über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg, für die nackte Existenz in den Streik zu treten; sie meinen nicht die Fasziisten, Kriminal- und Schupobeamten, die gegen die streikenden Arbeiter insägen; sie meinen damit auch nicht jene Gewerkschaftsbürokraten, die aktiv an der Seite der Fasziisten gegen die streikenden Arbeiter kämpften. Die Vorstände der freien Gewerkschaften wollen die Kommunisten denunzieren. Was wir, obwohl uns Material vorliegt, fast nicht glauben konnten, der Aufruf der Vorstände der freien Gewerkschaften beweist es. Wir stellen fest, daß Gewerkschaftsführer oft an den Kämpfen gegen die streikenden Ruhrarbeiter beteiligt waren. Die Bourgeoisie braucht die Friedhofstraße der niedergeworfenen Arbeiter, um das deutsche Volk an die Entente zu verkaufen. Die Gewerkschaftsbürokraten brauchen die Kommunistenverfolgungen und die Massenabschlächterei, um Ruhe in den Gewerkschaften zu bekommen. Jene Ruhe, bei der das Proletariat freier und nur die Gewerkschaftsbürokraten weiterleben. Die Gewerkschaftsbürokraten setzen mit Entsetzen, daß die Kommunisten immer näher dem Moment sind, wo sie die Mehrheit in den Gewerkschaften haben, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse sich um die kommunistische Partei schart. Daher peitschen sie Staatsanwalt, Polizei, Reichswehr, die Fasziisten gegen die revolutionäre Partei des Proletariats. Der Aufruf der Vorstände der freien Gewerkschaften ist die Bitte an

Ein sozialer Roman von Jac London

Ein sozialer Roman von Jac London

Als ich allein war, berechnete ich die Zeit. Ich mußte jeden Augenblick ausnützen, wenn ich noch so glücklich sein wollte, mit einem unserer am Ort befindlichen Führer vor Abfahrt des Zuges zusammenzutreffen. Ich taste nach dem Emergency Hospital. Ich hatte Glück und wurde sofort bei unserem Genossen Galvin, dem Chirurgen der inneren Station, vorgefassen. Ich schickte mich an, unter Reuchen meine Informationen mitzuteilen, aber er hielt mich zurück.
„Ich weiß schon“, sagte er gelassen, aber seine trüben Augen blühten. „Ich wußte schon, weshalb Sie gekommen waren. Ich erfuhre es vor fünfzehn Minuten, und ich habe schon das Wort weitergegeben. Hier soll alles geschehen, um die Genossen in Ruhe zu halten. Chicago muß geopfert werden, aber es soll Chicago allein sein.“
„Haben Sie versucht, Nachricht nach Chicago zu geben?“ fragte ich.
Er schüttelte den Kopf. „Keine Drahtverbindung, Chicago ist abgeschnitten. Dort wird die Hölle los sein.“
Er hielt einen Augenblick, und ich sah, wie sich seine weißen Hände krampfeten. Dann brach er los.
„Bei Gott! Ich wollte, ich könnte hingehen.“
„Es ist eine Möglichkeit, Einhalt zu tun“, sagte ich, wenn dem Zuge nichts passiert und ich zeitig genug hindomme. Oder wenn der eine oder andere Genosse, der die Wahrheit kennt, früh genug hinkommt.“
„Ihr vom Innenamt seid diesmal im Schlaf überfallen worden“, sagte er.
„Ich nicke kleinmütig mit dem Kopf.“
„Es ging sehr geheim zu“, antwortete ich. „Nur die Chefs des Innenamtes erfuhren es bis heute. Wir haben die Sache noch nicht weit durchschaut, und so konnten wir im Dunkel gehalten werden. Wenn nur Ernst hier wäre! Bitterkeit ist er jetzt in Chicago, und alles steht gut.“

Dr. Galvin schüttelte den Kopf. Den letzten Nachrichten zufolge ist er nach Boston oder New Haven geschickt worden. Dieser Geheimdienst für den Gegner hemmt ihn sehr, aber es ist doch besser, als in der Zufluchtsstätte liegen.“
„Ich wollte gehen, und Dr. Galvin drückte meine Hand.“
„Behalten Sie ein starkes Herz“, waren seine Worte beim Abschied. „Was will es heißen, wenn wir auch die erste Revolution verlieren sollten? Wir werden eine zweite machen und dann länger sein. Leben Sie wohl und viel Glück! Ich weiß nicht, ob ich Sie je wieder sehen werde. Die Hölle wird dort los sein, aber ich gebe zehn Jahre meines Lebens für Ihre Möglichkeit, dabei zu sein.“
Der Abzug verließ New York um 6 Uhr abends und sollte am nächsten Morgen um 7 Uhr in Chicago ankommen. Aber in der Nacht bekam er Verspätung. Wir fuhren hinter einem anderen Zuge her. Unter der Reisenden, in meinem Pullman befand sich Genosse Hartmann, der wie ich im Geheimdienst der Eisenbahn stand. Er erzählte mir von dem Zug, der unmittelbar vor uns fuhr. Er war die genaue Wiederholung unseres Zuges, doch hatte er keine Reisenden. Der Gedanke war, daß der leere Zug das Ansehn aufbringen sollte, für den Fall eines Versuches, den Abzug in die Luft zu bringen. Aus dem Grunde waren sehr wenige Leute im Zug — nur etwa ein Dutzend in unserem Wagen.
„Es müssen etliche sehr hohe Herren im Zuge sein“, erklärte Hartmann. „Ich sah am Ende einen Extrawagen.“
„Es war Nacht, als der erste Maschinenwechsel stattfand und ich den Bahnsteig auf und ab ging, um frische Luft zu schöpfen und zu sehen, was ich sehen konnte. Ich sah durch die Fenster des Extrawagens flüchtig drei Männer, die ich kannte. Hartmann hatte recht. Der eine war General Alenderriff, und die anderen waren Watson und Banderbold, die Häupter des inneren Geheimdienstes der Eisenbahn.“
„Es war eine ruhige Mondnacht, aber ich warf mich paralytisch hin und her und konnte

nicht schlafen. Um fünf Uhr morgens stand ich auf und keibete mich an.“
„Ich fragte die Wärterin im Ankleideraum, wieviel Verpätung der Zug hätte: Sie sagte zwei Stunden. Sie war eine Mulattin, und ich sah, daß ihr Gesicht sehr abgebräunt war, mit großen Ringen unter den Augen, während die Augen selbst wie in qualvoller Angst weit geöffnet waren.“
„Was ist es?“ fragte ich.
„Nichts, mein Fräulein. Ich habe schlecht geschlafen, denke ich.“
„Ich betrachtete sie näher und stellte sie mit einem unserer Zeichen auf die Probe. Sie antwortete, und ich verbesserte mich ihrer.“
„Etwas Schreckliches bereitet sich in Chicago vor“, sagte sie. „Vor uns läuft ein falscher Zug. Durch ihn und die Truppenzüge haben wir Verspätung bekommen.“
„Truppenzüge?“ fragte ich.
„Sie nicht. Die Strecke ist voll davon. Wir haben sie während der ganzen Nacht passiert. Und sie gehen alle nach Chicago. Ich habe einen Liebhaber in Chicago. Er ist einer der unfruchtlichen, er ist bei den Soldaten, und ich bin in Angst um ihn.“
„Armes Mädchen. Ihr Gefühler war in einem der drei markierenden Regimenter.“
„Hartmann und ich frühstückten im Speisewagen, aber ich mußte mich zum Essen abwenden. Der Himmel hatte sich bewölkt, und der Zug war ein unheilverkündender Mist durch die graue Masse des vorrückenden Tages. Die uns bedienenden Negers wuchsen, daß etwas Schreckliches drohte. Sie waren sehr niedergedrückt, ihre natürliche Befindlichkeit war gestohlen, sie waren schlaff und zerstreut in ihrem Dienst, und sie schlüpfen betrübt miteinander am Ende des Wagens, hinter der Küche. Hartmann betrachtete hoffnungslos die Lage.“
„Was ist zu machen?“ fragte er zum zwanzigsten Mal, mit einem hilflosen Berzucken der Schultern.“
„Er zeigte zum Fenster hinaus. „Sehen Sie, es ist alles fertig. Sie können sich darauf verlassen, daß man sie alle mit die auf jeder Strecke dreißig bis vierzig Meilen außerhalb der Stadt festhält.“

Er zeigte dabei auf die Truppentransporte auf dem Nebengleise. Die Soldaten kosteten ihr Frühstück auf Feuer, die auf der Erde neben den Gleise angezündet waren, und sie sahen neugierig nach uns hin, als wir vorbeidonnerten, ohne unser rasendes Tempo zu verlangsamen.“
„Als wir in Chicago einfuhren, war alles ruhig. Es war ansehend bis jetzt nichts vorgefallen. In den Vorstädten wurden die Zeitungen in den Zug geschickt. Es fand nichts darin, und doch für den, der geübt war, sehr viel zwischen den Zeilen zu lesen, was mit der Nacht geschrieben war, daß der gewöhnliche Leser es in den Text hineinlesen sollte. Die feige Hand der Eisenbahn-Faszi sah aus jeder Zeile. Es wurden Andeutungen von ungenügender Rüstung der Oligarchie gemacht. Natürlich wurde nichts Bestimmtes gesagt. Der Leser sollte sich selbst in diesen Andeutungen zurechtfinden. Es war eine geschickte Sache, und als Stützung waren jene Morgenzeitungen vom 27. Oktober Mustertafel.“
„Die Sozialnachrichten fehlten. Das war an sich schon ein Meisterstück. Es hüllte Chicago in Geheimnis und gab dem Durchschnittsleser zu verstehen, daß die Oligarchie nicht wagte, die Sozialnachrichten zu veröffentlichen. Natürlich wurden unwahre Andeutungen von Aufständen im ganzen Lande gemacht, die plump in befugliche Hinweise auf die zu ergreifenden Strafmaßnahmen verhüllt waren. Es wurde berichtet, daß zahlreiche drachlose Stationen in die Luft gesprengt worden seien, und hohe Belohnungen wurden auf die Entdeckung der Anstifter ausgesetzt. Natürlich waren gar keine Funktionen in die Luft gegangen. Viele ähnliche Gerüchte, die in die revolutionäre Bewegung hineinspazierten, wurden veröffentlicht. Es sollte eben bei den Genossen in Chicago der Eindruck erweckt werden, als ob die Generalrevolution begonnen habe. Es war für einen Nichteingeweihten unmöglich, von dem unklaren, aber bestimmten Gefühl loszukommen, daß das ganze Land reif sei für die Revolution, die eben begonnen habe.“
(Fortsetzung folgt.)

die Reichsleitung, die Kommunistische Partei zu verbinden.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften werden diesen traurigen Marsch die Antwort geben, und sie zum Teufel jagen. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften werden dieses Lutterbeck-Dokument der Gewerkschaften direkt den Arbeitgebern überreichen, damit sie sich um die Kommunistische Partei scheren.

Berlin, den 1. Juni 1923.
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion des Komm. Internation.)

Resolution des Bezirksausschusses der KPD des Ruhrgebietes.

Am Donnerstag hat eine Sitzung des Bezirksausschusses der KPD des Ruhrgebietes, an der Vertreter der Zentrale und der Union teilnahmen, nach einem Referat des Gen. Stöcker und einer ausführlichen Debatte in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Abschluß des Ruhrkampfes Stellung genommen.

Nach einer eingehenden Analyse der Ursachen des Kampfes — der Generalangriff auf die Arbeiterklasse — die planmäßige Auslagerung der Massen — und der Bewegung selbst bezieht die Resolution auf die nächsten Aufgaben der Partei, wie sie sich aus dem Ruhrkampf ergeben:

Die KPD muß die Führung des arbeitenden Volkes in seinem politischen und nationalen Freiheitskampf übernehmen und deshalb den Massen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums zum Bewußtsein zu bringen verstehen, daß nur die soziale Revolution im Grunde mit Sowjetrußland in Deutschland die Kräfte auslösen kann, an denen die Absichten des französischen Kapitals scheitern.

Die KPD muß gegen die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus mit aller Kraft den Kampf führen. Sie muß der Arbeiterklasse klar machen, daß diese Unterwerfung die Vernichtung des Rheinlandes und damit die Verschlagung Deutschlands bedeutet, daß sie den Raub des Achtstundentages, die völlige Entredung der Arbeiterklasse nach sich zieht.

Die KPD muß schließlich den Kampf aufnehmen gegen den "Garantieplan" des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Um diese Aufgaben durchzuführen, hat die Partei insbesondere Folgendes zu tun:
Die Steigerung der Kampfkraft zur Er-

oberung des Gesamtvolkes für den revolutionären Kampf. Im Ruhrgebiet insbesondere muß mit aller Kraft daran gearbeitet werden, die spontan kämpfenden unorganisierten Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation zu bringen und Austritte aus den freien Gewerkschaften und der Union zu verhindern.

Die Aufrichtung und Durchorganisation der proletarischen Betriebs-Abwehrorganisationen zum Kampf gegen den Faschismus, zum Schutz kämpfender Arbeiter gegen faschistische Provokationen, zur Sicherung der Ordnung bei Massendemonstrationen der Arbeiterklasse. Die Erhaltung, der Ausbau und die Errichtung von lokalen Arbeiterwehren, die in einer Reihe von Städten bereits anerkannt sind.

Die Steigerung der Kontrollausschubbewegung. Es darf keinen Ort geben, an dem nicht ein proletarischer Kontrollausschub gegen den Wucher tätig ist. Im ganzen Reich muß der Kampf für die Kontrolle der Produktion gesteigert werden.

Nachdem die Arbeiter im Kampf spontan die Einheitsfront hergestellt haben, muß ihr Zusammenschluß in der Betriebsrätebewegung seinen organisatorischen Ausdruck finden. Auch hier gilt es, alle Anstrengungen zu vervielfachen.

Die Gewinnung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für den revolutionären Kampf. Bedeutende Erfolge sind in der Revolutionsierung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter schon erzielt. Sie können auf ein Vielfaches gesteigert werden, wenn die Kommunistische Partei es versteht, die Sympathien, die sie in der Arbeiterklasse schon besitzt, voll auszunutzen.

Die Organisation der Betriebszellen. Die Betriebszellen müssen überall geschaffen und gemäß den Richtlinien des Zentralkomitees ausgebaut werden. Nur so kann die Kraft der Arbeiterklasse voll zur Entfaltung kommen. Gerade das Ruhrgebiet ist der klassische Boden für die Zusammenfassung der Arbeiter in den Betrieben durch Betriebszellen.

Die Gewinnung von Parteimitgliedern und Abonnenten. Die Kommunistische Partei nimmt entgegen allen anderen Parteien ununterbrochen an Mitgliedern und Lesern zu. Aber diese Zunahme entspricht bei weitem noch nicht ihrem rasch wachsenden Einfluß. Hier ist viel versäumt worden, was nachgeholt werden muß.

Diese Resolution erledigt den Schwindel der

"Polischen Zeitung" und anderer bürgerlicher Blätter, der Bezirksausschub habe zum Rückzug geblasen, insbesondere anerkannt, daß die Kontrollausschüsse heute der Arbeiterschaft nur Unbehagen brächten. Im Gegenteil: der Bezirksausschub hat mit Recht als eine der wichtigsten Lehren aus dem Ruhrkampf diese gezogen: den energischen und beschleunigten Ausbau der proletarischen Kontrollausschüsse wie der Abwehrhundertchaften.

Auslandstätigkeit der allrussischen Genossenschaften

Die Berliner Abteilung des Zentralverbandes der allrussischen Genossenschaften (Zentrosojus) hat in dem einen Jahr ihrer bisherigen Tätigkeit schon beachtenswerte Erfolge aufzuweisen. Sie besteht seit Mitte Januar 1922. In den ersten 5 Monaten hat die Abteilung Waren im Betrage von 11 014 209 Mark eingeliefert und nach Rußland abgefertigt. Außerdem wurden Waren im Betrage von 5 793 903 Mark, 29 998 Pfund Sterling, 12 400 Franken und 33 tschechische Kronen bestellt.

In den letzten 3 Monaten hat sie Waren im Betrage von fast 77 Millionen Mark, 9019 Dollar und rund 25 000 Schweizer Franken eingeliefert. Während dieser Zeit sind aus Rußland 10 Dampfer mit russischen Rohwaren im Gesamtwert von 418 845 Pfund Sterling angenommen, von denen die Berliner Abteilung Güter im Werte von 35 000 Pfund Sterling realisiert hat.

Der gesamte Umsatz der Berliner Abteilung des Zentrosojus beläuft sich ohne die Transport- und Lageroperationen auf 170 000 Pfund Sterling. Ihre Teilnahme an den deutschen Handelsmessen hat ein reges Interesse der deutschen Industrie hervorgerufen, sobald in nächster Zeit mit einer Erweiterung der Tätigkeit in Deutschland zu rechnen ist.

Die neue Rote Englands an die Sowjet-Regierung, die im Wortlaut noch nicht veröffentlicht ist, verlangt neuerdings Abrennung von Sowjet-Vertretern in Mittelafrika und die zugestandene Entschädigung für die englischen Exzesse in Rußland. Die russische Regierung hat in ihrer Antwort keinen Zweifel darüber gelassen, daß die weitergehenden Forderungen unerfüllbar seien.

Aus der Partei
Ausschlüsse aus der Partei

Die bisherigen Parteigenossen Falck (Bochum) und Sauer (Wesseln) wurden von der Bezirksleitung der KPD, Ruhrgebiet, in der Sitzung vom 27. Mai wegen Nichterhaltens von Parteibeschlüssen aus der Partei ausgeschlossen. Bezirksleitung Ruhrgebiet.

Un unsere Abonnenten und Leser!

Die durch den neuen Marktskurs wahrscheinlich in die Höhe getriebenen Preise machen den Gang besonders im Zeitungsgebiete bemerkbar. Der Papierpreis erfährt eine Steigerung von 50 Prozent, die gesamten Ausgaben für Kosten zur Herstellung der Zeitung sind teilweise sogar mit über 100 Prozent erhöht worden. Für jeden Leser ist es klar, wenn wir die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ auch weiterhin erscheinen lassen wollen, daß auch wir gezwungen werden, den Bezugspreis zu erhöhen.

Die letzte Verwaltungssitzung der Produktiv-Genossenschaft beschloß deshalb, nach genauer Prüfung der Sachlage, vorerst den

Abonnementspreis auf wöchentlich 1200,— Mark

festzusetzen. Wie sich davon überzeugt, daß unsere Leser die Erhöhung verstehen, die sich wirklich in bescheidenen Grenzen bewegt. Daher dem erwarteten wie von unseren Genossen, daß sie ihr innerlichstes Streben, die Abonnentenzahl der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zu erhöhen, fortsetzen, ja, daß sie die Propaganda für die einzige proletarisch-revolutionäre Tageszeitung in Schlesien gerade in der letzten politischen unruhigen Aufbruchsstunde den Weg besonders weiten.

Entgegen den Behauptungen reaktionärer Zeitungen, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ sei am Abonnentenschwund zugrunde, haben wir heute unseren Lesern mitteilen, daß wir schon die

vergangene Woche 500 neue Abonnenten

als Beweis der Beliebtheit unserer Genossen brachte. Nur so weiter, Genossen! Setzt euch Ideen in den Hirnen eurer Kollegen, reißt sie aus ihrer Behaglichkeit und macht sie zu revolutionären Kämpfern, die durch die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ den Weg zum Licht finden.

Der Verlag

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. B. m. b. H., Breslau, Postfach 100.

Veranstaltungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Post: Breslau, Erbengasse 50, Tel. Nr. 5857, Büro: Alte-Deutzer, Breslau, Erbengasse 50.

- Breslau, Sonntag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, Diskussionsabend. Alle Teilnehmer sind verpflichtet, doppelt teilzunehmen.
- Breslau, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, Stammtischbesprechung. Die Teilnehmerzahl ist unbegrenzt.
- Breslau, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 14. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 15. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 16. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 17. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 18. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 26. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 27. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 28. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.

Gewerkschaften

- Breslau, Freitag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Sonntag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Sonntag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Sonntag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.

Andere Organisationen

- Breslau, Sonntag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Sonntag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 18. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Sonntag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Montag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Dienstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Mittwoch, den 27. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Donnerstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Freitag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.
- Breslau, Samstag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Veranstaltungssaal, Nikolaistraße 49/50, wöchentliche Diskussionsveranstaltung. Es werden zwei jeden Genossen (in) ist Pflicht.

Der Banterott Deutschlands!

189 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mark.

Deutschland — eine Kolonie?

von Dr. Eugen Paulowski.

Aus dem Inhalt haben wir folgende Kapitel heraus:

- 1. Welches Kolonie soll Deutschland werden?
- 2. Die politische Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
- 3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
- 4. Die Reparationsfrage.
- 5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
- 6. Außenpolitische Fragen.

90-Seiten stark. Preis 1400 Mark.

Die Not der Proletarierkinder

Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.

20 Seiten stark. Preis 150 Mark.

Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. B. m. b. H., Breslau, Nikolaistraße 49/50, Abteilung Buchhandlung.

Altes Reichs-Lampen
Kurt Schöfer
Rohprodukte
Breslau
Königsplatz 9

Hast Du schon

Kaufe

- Gold-Silber-
- Platin-Bruch
- Zahngelasse
- Uhren

zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Bückerstraße 5

Welcher Partei-Genosse?

würde jung Ehepaar (3 Person.)
Zimmer mit od. ohne Möbel gegen
gute Bezahlg. zur Verfügung stellen.
Angeh. an J. Immler, Stragburgerstr. 10, III.

Zahle

für Rohprodukten jeder Art,
sowie für Makulatur, Säcke
und Felle
die höchst. Tagespreise
Genosse Krause,
Reinschestr. 50.

Arbeiter

Beachtet mein

Friseurgeschäft

Zeitung liegt aus

M. Brünn

An den Kasernen 5.

Achtung Genossen!

Feldgraue Litewken,
Arbeitschuh, gebrachte
Militärschuh (mit Stahl)

bei

Kupczak

Sadowastr. 14, III.

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse
der Sprachgrenzen! Lernt die

Weltsprache

„Esperanto“

die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und auch ver-
wendet wird!

KJD Bezirksleitung: Büro u. Post: Breslau, Erbengasse 50, Tel. Nr. 5857, Büro: Alte-Deutzer, Breslau, Erbengasse 50.

Genossen hat Eure Pflicht und verbietet Euer Partei-Organ!

die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!